

Geschäftsbericht 2017

SAARLAND Feuerversicherung AG

Geschäftszahlen im Überblick

SAARLAND Feuerversicherung AG		2017	2016	2015	2014	2013
Versicherungsbestand: Anzahl der Verträge	Tsd.	523,1	564,3	563,7	565,3	562,2
Schäden: Anzahl der gemeldeten Schäden	Tsd.	36,8	36,8	40,4	40,5	42,2
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	108,1	125,0	123,8	120,7	115,6
Selbstbehaltquote	%	53,8	56,9	56,8	57,6	57,6
Bilanzielle Schadenquote brutto	%	72,5	75,8	88,1	69,3	70,7
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	-78,5	-94,9	-109,1	-83,3	-81,4
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb brutto	Mio. €	-30,5	-32,2	-32,0	-30,9	-29,6
Kostensatz (in % der gebuchten Bruttobeiträge)	%	28,2	25,8	25,8	25,6	25,6
Combined Ratio (brutto) nach GDV	%	102,4	102,8	115,6	96,6	98,8
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	7,5	6,1	5,4	5,0	5,2
Nettoverzinsung	%	4,7	3,7	3,5	3,5	4,0
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	1,6	2,8	2,9	3,3	3,9
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	Mio. €	-3,1	-5,0	-2,5	-2,1	-4,1
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	Mio. €	4,5	5,1	3,1	3,4	4,1
Kapitalanlagen	Mio. €	152,6	165,5	164,7	147,6	136,8
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	183,3	200,5	188,0	158,1	150,1
Eigenkapital	Mio. €	47,3	47,6	46,9	47,9	47,1
Jahresergebnis	Mio. €	0,1	0,6	0,2	1,1	0,4

Inhalt

2 Gremien

Lagebericht

4 Lagebericht

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

26 Bilanz zum 31. Dezember 2017

28 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Anhang

30 Angabe zur Identifikation

30 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

34 Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände
und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

36 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

39 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

43 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

48 Sonstige Angaben

50 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

56 Bericht des Aufsichtsrats

57 Impressum

Gremien

Aufsichtsrat

Barbara Schick

Vorsitzende

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstands
seit 1. Januar 2018
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

1. Stellvertretende Vorsitzende

Präsidentin
Sparkassenverband Saar

Ramona Freitag

Mitarbeiterin Sofortschaden

Hans Jürgen Alt

Mitarbeiter Zentrale Aufgaben

Ute Ambrosius

Mitarbeiterin Privatkunden

Herbert Bauer

Vertriebsbereichsleiter

Dr. Harald Benzing

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Markus Groß

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Neunkirchen

Dr. Robert Heene

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Horst Herrmann

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saarlouis

Holger Marx

Geschäftsstellenleiter

Armin Reinke

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saarpfalz

Hans-Werner Sander

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Saarbrücken

Helmut Späth

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands bis
31. Dezember 2017
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Vorstand

Dr. Dirk Christian Hermann

Vorsitzender

Vertrieb, Service Individualkunden Komposit (inkl. Spartenmanagement Komposit), Personal- und Sozialwesen, Recht, Revision, Datenschutz, Compliance, Risikomanagement

Rigobert Maurer

Service Privatkunden Komposit (ohne Spartenmanagement Komposit), Schadenzentrum, Betriebswirtschaft (Rechnungswesen, Controlling), Informationsmanagement (Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung, Datenverarbeitung), Kapitalanlagen (Vermögensanlage und -verwaltung), Versicherungsmathematische Funktion, Risikomanagement

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die SAARLAND Feuerversicherung AG, gegründet 1951, gehört seit dem Jahr 2002 zum Konzern Versicherungskammer. Der Kompositversicherer ist ausschließlich im Saarland tätig und nimmt dort eine führende Marktstellung ein. Das Unternehmen überzeugt mit einer breiten Produktpalette. Sie umfasst die Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung für die privaten, gewerblichen und industriellen Kunden. Darüber hinaus werden für das gewerbliche Segment zusätzlich technische sowie Transportversicherungen angeboten.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte im Jahr 2017 eine anziehende Konjunktur in allen wichtigen Wirtschaftsregionen. Im Euroraum gewann die Wirtschaft weiter an Schwung. Die dynamische Entwicklung wurde dabei vom privaten Konsum getragen und durch einen Anstieg der Investitionen gestützt. Zum Teil ging der Aufschwung auf die immer noch expansive Geldpolitik der Zentralbanken der Industrieländer mit niedrigen Zinsen und Anleihekäufen zurück.

Auch die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2017 ein anhaltendes Wachstum. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresvergleich um 2,2 Prozent. Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 2,0 Prozent, die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich um 1,4 Prozent. Die Sparquote verblieb gemäß Statistischem Bundesamt mit 9,7 Prozent auf dem Vorjahresniveau. Neben dem Konsum wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 auch durch den Außenhandel und durch Investitionen gestützt.

Zu der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, trug insbesondere die Rekordbeschäftigung mit niedriger Arbeitslosigkeit bei. Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 5,3 Prozent. Die Anzahl der Erwerbstätigen erreichte mit rund 44,3 Mio. Personen einen neuen Höchststand. Einen etwas dämpfenden Effekt auf die Steigerung der Realeinkommen hatte der Anstieg der Verbraucherpreise um 1,8 Prozentpunkte.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Die weltweite Konjunktur hellte sich im Jahr 2017 weiter auf. Protektionistische Tendenzen und geopolitische Konflikte wirkten sich nur moderat nachteilig auf die globale Konjunktur aus.

Die Inflationsraten im Euroraum und in den USA näherten sich aufgrund der positiven Konjunktorentwicklung und der Entwicklung des Ölpreises der 2-Prozent-Marke. Langfristig höhere Inflationsraten werden bislang in der EU bzw. in den USA nicht erwartet.

Die Zinsen in Deutschland lagen aufgrund der expansiven Geldpolitik weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. So bewegten sich Bundesanleihen im Euroraum mit einer 10-jährigen Restlaufzeit im Jahr 2017 zu Zinssätzen zwischen 0,2 Prozent und 0,6 Prozent. In den USA notierten vergleichbare Anleihen während des gesamten Jahres rund 2 Prozentpunkte höher.

Die Entwicklung des Wechselkurses des Euro zum US-Dollar während des Geschäftsjahres war weitgehend unvorhersehbar. Während zu Beginn des Jahres 2017 noch häufig die Parität von Euro zu US-Dollar vorhergesagt worden war, wertete der Euro während des Jahres deutlich auf (+14,0 Prozent). Der Wechselkurs am Jahresende notierte bei 1,20 US-Dollar je Euro.

Die positive konjunkturelle Entwicklung, die expansive Notenbankpolitik und hohe Unternehmensgewinne bewirkten im Geschäftsjahr eine positive Entwicklung der Aktienmärkte. Sowohl der deutsche Aktienmarkt (z. B. Dax) als auch viele US-Aktienindizes verzeichneten im Geschäftsjahr 2017 historische Höchststände und deutliche Gewinne (Dax: +12,5 Prozent; S&P 500: +19,4 Prozent).

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bewegte sich im Jahr 2017 in einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld mit herausfordernden regulatorischen, politischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die zentrale Herausforderung für die Versicherer ist nach wie vor das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Bislang beweist die Branche erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die

Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Neben dem Zinsumfeld stellt die hohe Regulierungsin- tensität, verbunden mit kontinuierlichen Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. So wurden im Jahr 2017 z. B. die erforderlichen Veränderun- gen für die ab dem Jahr 2018 geltenden Anforderungen aus dem Investmentsteuerreformgesetz und aus der EU- Vermittlerrichtlinie (Insurance Distribution Directive) vorbe- reitet. Auch die Umsetzung der Anforderungen des seit dem 1. Januar 2016 gültigen Aufsichtsregimes Solvency II bindet nach wie vor viele Kapazitäten.

Ein weiteres bestimmendes, viele Kapazitäten binden- des Thema im Jahr 2017 war in der Versicherungswirt- schaft die digitale Transformation. Die fortschreitende Digitalisierung bietet neue Chancen zur Erweiterung des Geschäftsmodells sowie zur Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2017 verzeichneten die deutschen Ver- sicherer über alle Sparten hinweg in Summe eine mode- rate Zunahme der Beiträge. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht in einer vorläufigen Schätzung (Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018) von einem Beitragswachstum in Höhe von insgesamt 1,7 (0,2) Prozent aus.

Die Schaden- und Unfallversicherung setzte ihren Auf- wärtstrend der Vorjahre fort und erzielte ein Beitragsplus von 2,9 Prozent. Hierzu trug insbesondere die positive Lage der privaten Haushalte bei, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt.

Das Beitragswachstum wurde von nahezu allen Versi- cherungszweigen getragen. Wie in den Vorjahren gingen starke Impulse von den privaten Sachsparten aus. Insbe- sondere die Verbundene Wohngebäudeversicherung ent- wickelte sich mit einer Steigerung von 6,0 Prozent deut- lich positiv. Die nicht privaten Sachsparten zeigten mit 1,3 Prozent einen moderaten Beitragsanstieg. Die Kraftfahrt- versicherung, mit einem Anteil von rund 40 Prozent der größte Versicherungszweig, legte erneut zu und zeigte ein Wachstum von 4,1 Prozent.

Die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherer erhöh- ten sich im Jahr 2017 nach vorläufigen Schätzungen des GDV gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent. Dabei war das Jahr 2017 wie auch das Vorjahr ein leicht unterdurch- schnittliches Naturgefahrenjahr. Einen deutlichen Anstieg der Leistungen zeigten dabei die Verbundene Wohnge- bäudeversicherung mit 11,0 Prozent und die Kraftfahrtver- sicherung mit 3,6 Prozent. Die nicht privaten Sachsparten

verzeichneten mit 0,8 Prozent eine moderate Steigerung der Leistungen.

Die Combined Ratio (brutto) nach GDV, die neben dem Geschäftsjahresaufwand auch das Abwicklungsergebnis umfasst, lag mit rund 95 Prozent auf dem Vorjahresniveau.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 endete mit einem Jahresüber- schuss von 140 Tsd. Euro nach 640 Tsd. Euro im Vorjahr. Somit wurde das im Vorjahr prognostizierte Planniveau unterschritten.

Die SAARLAND Feuerversicherung konnte auch im Jahr 2017 ihre sehr gute Positionierung im regionalen Markt behaupten. Die gebuchten Bruttobeiträge gingen um 13,6 Prozent auf 108,1 (125,0) Mio. Euro zurück. Dieser Rück- gang ist auf die Fokussierung des Geschäftsmodells als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem sowie industriellem Geschäft zurückzuführen. Dieser Effekt überlagerte im Jahr 2017 die Wachstumserfolge in den Kerngeschäftsfeldern im regionalen standardisierten privaten und gewerblichen Segment.

Nach einem außerordentlich hohen Großschadenvolumen in der industriellen Sachversicherung im Vorjahr war das Jahr 2017 durch mehrere Unwetterereignisse geprägt. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote im selbst abge- schlossenen Versicherungsgeschäft verbesserte sich leicht von 86,4 auf 85,7 Prozent, lag damit jedoch über der Planung. Die Kostenquote stieg infolge des Beitrags- rückgangs im geplanten Umfang auf 28,2 (25,8) Prozent an.

Der versicherungstechnische Verlust nach Rückversiche- rung und einer deutlichen Entnahme aus der Schwan- kungsrückstellung lag mit 3,1 Mio. Euro unter Vorjahresni- veau und leicht über der Prognose des Vorjahres.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) verringerte sich auf 4,5 (5,1) Mio. Euro. Dabei stieg das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen auf 7,5 (6,1) Mio. Euro – bei einer Nettoverzinsung von 4,7 (3,7) Prozent. Gleich- zeitig fiel der Aufwandssaldo aus der sonstigen Nichtver- sicherungstechnik im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Mio. Euro höher aus, wobei das sonstige Ergebnis auch durch Zinsaufwände für Pensionsrückstellungen und das Jah- resergebnis durch die Reduzierung des aktiven latenten Steuerpostens belastet war.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge des gesamten Versicherungsgeschäfts gingen um 13,6 Prozent auf 108,1 (125,0) Mio. Euro zurück. Der Beitragsrückgang resultiert in erster Linie aus der Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem sowie industriellem Geschäft. Für den eigenen Rückversicherungsschutz wurden 50,0 (53,9) Mio. Euro aufgewendet. Die Selbstbehaltquote ging mit 53,8 (56,9) Prozent leicht zurück.

Bestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungsverträgen ging aufgrund der Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem sowie industriellem Geschäft auf 523.105 (564.253) Stück zurück. Hierbei ergaben sich insbesondere Bestandsrückgänge in den Kraftfahrtsparten sowie in den Industriellen Versicherungssparten

(Industrielle Feuerversicherung, Betriebsunterbrechungsversicherung und Extended-Coverage(EC)-Versicherung).

Versicherungsleistungen

Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden (Geschäftsjahresschäden und Spätschäden) blieb mit 36.802 (36.777) Stück auf nahezu unverändertem Niveau.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres gingen um 14,2 Prozent auf 92,6 (107,9) Mio. Euro deutlich zurück. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote war mit 85,6 (86,3) Prozent leicht rückläufig.

Die bilanzielle Brutto-Schadenquote lag bei 72,5 (75,8) Prozent.

Kosten

Die Abschluss- und Verwaltungskosten stiegen mit 28,2 (25,8) Prozent der gebuchten Bruttobeiträge im Gesamtgeschäft infolge der Geschäftsentwicklung an.

Geschäftsverlauf nach Versicherungszweigen

Beitragsentwicklung gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr				Vorjahr		Veränderung % ¹
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	
Haftpflichtversicherung			11,8	10,9	12,1	9,7	-2,5
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung			21,3	19,8	27,7	22,2	-23,1
Sonstige Kraftfahrtversicherungen			14,4	13,3	20,7	16,6	-30,4
Feuer- und Sachversicherung			54,4	50,4	58,4	46,7	-6,8
davon:							
▪ Feuerversicherung	6,8	6,3			9,0	7,2	-24,4
▪ Verbundene Hausratversicherung	6,3	5,8			6,2	5,0	1,6
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	27,8	25,8			26,1	20,9	6,5
▪ Sonstige Sachversicherung	13,5	12,5			17,1	13,7	-21,1
Sonstige Versicherungen			6,0	5,6	6,0	4,8	0,0
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			107,9	100,0	124,9	100,0	-13,6
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft			0,1	0,1	0,1	0,1	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft			108,0		125,0		-13,6

¹ Prozentangaben auch bezogen auf gerundete Zahlen in Euro.

Anzahl der gemeldeten Geschäftsjahresschäden	Geschäftsjahr		Vorjahr	Veränderung %
Haftpflichtversicherung		2.697	2.716	-0,7
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung		3.857	5.191	-25,7
Sonstige Kraftfahrtversicherungen		6.992	8.883	-21,3
Feuer- und Sachversicherungen		16.753	12.447	34,6
davon:				
▪ Feuerversicherung	271		318	-14,8
▪ Verbundene Hausratversicherung	1.439		1.248	15,3
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	11.791		7.344	60,6
▪ Sonstige Sachversicherung	3.252		3.537	-8,1
Sonstige Versicherungen		824	839	-1,8
Gesamt		31.123	30.076	3,5

Haftpflichtversicherung

Die Beitragseinnahmen in der **Allgemeinen Haftpflichtversicherung** verminderten sich moderat auf 11,8 (12,1) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag mit 39,9 (40,2) Prozent leicht unter dem Vorjahr. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung blieb mit 3,2 (3,3) Mio. Euro nahezu auf Vorjahresniveau.

Unfallversicherung

In der Allgemeinen Unfallversicherung und in der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr (UBR) stieg das Beitragsvolumen auf 5,4 (5,2) Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden stiegen auf 4,0 (3,4) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote belief sich entsprechend auf 74,4 (65,4) Prozent. Nach Rückversicherung und nach Schwankungsrückstellung wurde ein Nettoergebnis von 0,5 (1,3) Mio. Euro erzielt.

In der **Kraftfahrtunfallversicherung** blieben die Beitragseinnahmen mit 0,1 (0,1) Mio. Euro konstant. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich wie im Vorjahr auf 0,0 (0,0) Mio. Euro.

Kraftfahrtversicherung

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Kraftfahrtversicherung lagen mit 35,8 (48,4) Mio. Euro deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem Flottengeschäft bedingt diese Entwicklung. Die sich daraus ergebende rückläufige Schadenstückzahl ergab einen deutlichen Rückgang der absoluten Schadenaufwendungen auf 34,3 (42,8) Mio. Euro. Infolge von Hagelereignissen erhöhte sich die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote in der Kraftfahrtversicherung jedoch insgesamt auf 95,5 (88,5) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei -3,0 (-5,3) Mio. Euro.

Die **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** verzeichnete mit Beitragseinnahmen von 21,3 (27,7) Mio. Euro einen Beitragsrückgang. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle gingen ebenfalls auf 17,9 (24,6) Mio. Euro zurück, wodurch sich die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 83,4 (88,9) Prozent verbesserte.

In der **Fahrzeugvollversicherung** verringerten sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 12,2 (18,4) Mio. Euro. Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden reduzierten sich auf 14,4 (16,9) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag aufgrund der Unwetterereignisse bei 116,3 (92,1) Prozent.

In der **Fahrzeuteilversicherung** lagen die Beitragseinnahmen bei 2,2 (2,4) Mio. Euro. Die Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres lagen infolge der Sturm-/Hagelereignisse mit 2,1 (1,3) Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote verschlechterte sich dadurch auf 96,9 (54,9) Prozent.

Gewerbliche und Industrielle Sachversicherung

Die Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von Industriellen Versicherungsgeschäft bedingt in der Industriellen Feuerversicherung, der Betriebsunterbrechungsversicherung und der Extended-Coverage(EC)-versicherung einen deutlichen Beitragsrückgang auf 3,9 (10,0) Mio. Euro. Die sonstige Feuerversicherung konnte mit Beitragseinnahmen von 5,1 (5,0) Mio. Euro eine erfreuliche Steigerung erzielen.

Den gebuchten Bruttobeiträgen von 1,7 (4,0) Mio. Euro in der **industriellen Feuerversicherung** standen nach dem großschadenbelasteten Vorjahr ebenfalls deutlich rückläufige Schadenaufwendungen von 1,4 (10,4) Mio. Euro gegenüber. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote verringerte sich auf 75,0 (242,8) Prozent. Nach Rückversicherung und nach Schwankungsrückstellung wurde ein Ergebnis von -0,3 (-0,7) Mio. Euro erzielt.

Die Beitragseinnahmen der **Betriebsunterbrechungsversicherung** verminderten sich auf 0,5 (1,2) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote verbesserte sich gegenüber dem großschadenbelasteten Vorjahr deutlich auf 113,3 (600,6) Prozent. Das versicherungstechnische Ergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei -0,4 (-1,2) Mio. Euro.

In der **Extended-Coverage(EC)-Versicherung** beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 1,7 (4,9) Mio. Euro. Bei Schadenaufwendungen von 3,0 (4,3) Mio. Euro, die auch durch Unwetterereignisse beeinflusst waren, erhöhte sich die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 157,2 (84,8) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Rückversicherung schloss mit -0,6 (-0,7) Mio. Euro ab.

In der **sonstigen Feuerversicherung** stiegen die gebuchten Bruttobeiträge auf 5,1 (5,0) Mio. Euro. Die Schadenaufwendungen beliefen sich auf 2,9 (2,2) Mio. Euro, wodurch die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote mit 57,7 (43,6) Prozent über dem Vorjahr lag. Das versicherungstechnische Ergebnis nach Rückversicherung belief sich auf -0,7 (-0,6) Mio. Euro.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Das gute Neugeschäft, das auch durch eine hohe Anbündelung von Elementarschadenabsicherungen gestärkt wurde, sowie die Bestandsumstellung auf die Sorglos-Produkt-

linie führten zu einer deutlich positiven Beitragsentwicklung in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen auf 27,8 (26,1) Mio. Euro. Der Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich infolge von mehreren Unwetterereignissen auf 28,8 (21,4) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote stieg auf 104,8 (83,1) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis lag nach Schwankungsrückstellung bei -2,5 (-2,1) Mio. Euro.

Verbundene Hausratversicherung

In der Verbundenen Hausratversicherung lagen die gebuchten Bruttobeiträge mit 6,3 (6,2) Mio. Euro leicht über dem Vorjahresniveau. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote belief sich auf 43,2 (52,9) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei 1,2 (1,3) Mio. Euro.

Sonstige Versicherungszweige

In der **Einbruchdiebstahlversicherung** blieben die Beitragseinnahmen mit 1,9 (1,9) Mio. Euro konstant. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag mit 82,7 (79,8) Prozent leicht über dem Vorjahresniveau.

Die **Leitungswasser(LW)-Versicherung** verzeichnete bei gebuchten Bruttobeiträgen von 2,1 (2,0) Mio. Euro einen auf Vorjahresniveau liegenden Schadenaufwand von 2,9 (3,0) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote sank entsprechend auf 142,7 (150,3) Prozent.

In der **Glasversicherung** lagen die gebuchten Bruttobeiträge mit 2,4 (2,3) Mio. Euro leicht über dem Vorjahresniveau. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote belief sich auf 48,9 (46,0) Prozent.

In der **Sturmversicherung** konnten die gebuchten Bruttobeiträge auf 2,8 (2,6) Mio. Euro gesteigert werden. Die Schadenaufwendungen im Geschäftsjahr stiegen aufgrund von Unwetterereignissen auf 3,3 (0,8) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote erhöhte sich auf 118,8 (30,4) Prozent.

Die gebuchten Bruttobeiträge in den **übrigen sonstigen Versicherungszweigen** beliefen sich auf 2,7 (2,8) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag bei 46,4 (50,6) Prozent.

Den gebuchten Beiträgen im selbst abgeschlossenen Geschäft von insgesamt 107,9 (124,9) Mio. Euro standen Aufwendungen für Versicherungsfälle von 92,6 (107,9) Mio. Euro gegenüber.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung lag, nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung von 2,7 Mio. Euro, bei -3,0 (-5,0) Mio. Euro. Bei einer rückläufigen Entwicklung der gemeldeten

Geschäftsjahresschäden war trotz der Sturm-/Hagelereignisse im Jahr 2017 eine Verbesserung der Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 85,7 (86,4) Prozent zu verzeichnen.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wies ein Beitragsvolumen von 0,1 (0,1) Mio. Euro aus und schloss mit einem ausgeglichenen Ergebnis von 0,0 (0,0) Mio. Euro ab.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 7,5 (6,1) Mio. Euro.

Der Anstieg der Erträge aus Kapitalanlagen auf einen Betrag von 8,5 (7,3) Mio. Euro ist im Wesentlichen auf höhere Zuschreibungen bei Investmentanteilen in Höhe von 3,9 (0,9) Mio. Euro bei gegenläufig niedrigeren laufenden Erträgen aus Investmentanteilen in Höhe von 0,1 (2,0) Mio. Euro zurückzuführen. Die außerordentlichen Erträge lagen auf moderat höherem Niveau wie im Vorjahr und beliefen sich auf 0,9 (0,6) Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen lagen auf vergleichbarem Niveau wie im Vorjahr.

Die Nettoverzinsung erreichte 4,7 (3,7) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode – lag bei 1,6 (2,8) Prozent.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) belief sich auf 4,5 (5,1) Mio. Euro. Dabei konnte ein um 1,4 Mio. Euro deutlich besseres Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erzielt werden. Der negative Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen erhöhte sich um 2,0 Mio. auf -3,0 Mio. Euro, dabei war das sonstige Ergebnis insbesondere durch Zinsaufwände für Pensionsrückstellungen belastet.

Jahresergebnis

Nach Rückversicherung und der Veränderung der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnisches Nettoergebnis von -3,1 (-4,9) Mio. Euro.

Bei einem Kapitalanlageergebnis von 7,5 (6,1) Mio. Euro belief sich das Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung vor Steuern auf 4,5 (5,1) Mio. Euro.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit zeigte sich mit 1,5 (0,2) Mio. Euro deutlich verbessert.

Nach einer Reduzierung der aktiven latenten Steuern um 1,1 Mio. Euro wurde ein Jahresüberschuss und ein Bilanzgewinn von 140 (640) Tsd. Euro ausgewiesen.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum

in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

„Investitionszweck“ im Hinblick auf die freien Mittel der SAARLAND Feuerversicherung ist eine optimierte Kapitalanlage. Entsprechend dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht sind sämtliche Vermögenswerte dabei so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzen sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 4,7 (19,9) Mio. Euro. Die Neuanlagequote lag somit bei 2,8 (12,1) Prozent des Kapitalanlagenbestands.

Investitionsschwerpunkte im Jahr 2017 waren Anteile an verbundenen Unternehmen mit Zugängen in Höhe von 2,6 Mio. Euro und Inhaberschuldverschreibungen mit Zugängen in Höhe von 2,0 Mio. Euro.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der SAARLAND Feuerversicherung stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Kapitalanlagen	152,6	83,5	165,5	87,4
Übrige Aktiva	30,1	16,5	23,9	12,6
Gesamt	182,7	100,0	189,4	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	47,3	25,9	47,6	25,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	100,3	54,9	103,0	54,4
Übrige Passiva	35,1	19,2	38,8	20,5
Gesamt	182,7	100,0	189,4	100,0

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 100,3 Mio. Euro standen Kapitalanlagen in Höhe von 152,6 Mio. Euro gegenüber.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	13,4	28,3	13,4	28,2
Kapitalrücklage	27,6	58,4	27,6	58,0
Gewinnrücklagen	6,2	13,1	5,9	12,4
Bilanzgewinn	0,1	0,2	0,7	1,4
Gesamt	47,3	100,0	47,6	100,0

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres ergab sich aus dem Jahresüberschuss von 0,1 Mio. Euro.

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigte für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen der SAARLAND Feuerversicherung belief sich auf 152,6 (165,5) Mio. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 4,7 (19,9) Mio. Euro und Abgängen in Höhe von 21,4 (19,8) Mio. Euro.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4,9	3,2	5,2	3,1
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	17,2	11,3	14,7	8,9
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83,5	54,8	90,1	54,6
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4,0	2,6	2,0	1,2
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3,7	2,4	4,0	2,4
Sonstige Ausleihungen	39,2	25,7	45,5	27,4
Einlagen bei Kreditinstituten	–	–	4,0	2,4
Gesamt	152,5	100,0	165,5	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 22,0 (20,6) Mio. Euro und lagen bei 14,4 (12,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Die wesentlichen Zugänge fanden bei Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro und Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 2,0 Mio. Euro statt.

Über Investmentanteile wurden rund 81 Prozent in Zinsträger und rund 12 Prozent in Aktien investiert.

Bei den sonstigen Ausleihungen haben Abgänge durch Endfälligkeiten für den Bestandsrückgang verursacht.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	11,7	6,4	11,9	5,9
Deckungsrückstellung	5,2	2,8	4,9	2,4
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	146,2	79,8	160,8	80,3
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	19,6	10,7	22,3	11,1
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0,6	0,3	0,6	0,3
Gesamt	183,3	100,0	200,5	100,0

Der Rückgang bei den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist auf die Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem sowie industriellem Geschäft zurückzuführen.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Die geschäftliche Entwicklung ist vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfeldes und in Anbetracht der hohen Schadenauswirkungen aus Unwetterereignissen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts insgesamt als zufriedenstellend zu bewerten. Der Geschäftsverlauf war neben der Schadenbelastung geprägt durch die Fokussierung auf das Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit einem damit einhergehenden Abrieb von überregionalem sowie industriellem Geschäft. Dieser Effekt überlagerte im Jahr 2017 die Wachstumserfolge in den Kerngeschäftsfeldern im regionalen standardisierten privaten und gewerblichen Segment. Das Unternehmen verfügt über eine ausreichende Eigenmittelausstattung sowie über eine zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität. Während sich die verdienten Brutto-Beiträge, die Kostenquote sowie der Jahresüberschuss auf Planniveau entwickelten, konnte bei der bilanziellen Brutto-Schadenquote die Prognose nicht erreicht werden.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde vom Vorstand am 20. Februar 2018 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Über Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge wurden bestimmte Aufgaben (Personalwesen, Vermögensanlage und -verwaltung, Rechnungswesen und Zahlungsverkehr, Datenverarbeitung, Unternehmensrecht, Steuern Konzern, Interne Revision sowie weitere allgemeine Verwaltungsaufgaben) auf die Bayerische Landesbrandversicherung AG übertragen.

Bestimmte Aufgaben (Teile der Vertragsbestandsführung und der Schadenbearbeitung in der Kompositversicherung) wurden über Dienstleistungsverträge auf die Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG übertragen.

Personal- und Sozialbericht

Der Konzern Versicherungskammer hat sich zum Ziel gesetzt, in allen Geschäftsgebieten für seine Kunden erste Wahl zu sein.

Um seine Marktposition zu stärken, bildet der Konzern sogenannte Navigatoren mit fundierten Kenntnissen in operativer Exzellenz im Unternehmen aus. Diese Mitarbeiter¹ fördern als methodische Partner der jeweiligen Abteilungen eine kundenorientierte und effiziente Arbeitsweise.

Der Konzern Versicherungskammer fordert und fördert engagierte Mitarbeiter und unterstützt sie durch fachliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ziel der betrieblichen Aus- und Weiterbildung ist es, den Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften durch die Förderung und Entwicklung eigener Mitarbeiter zu decken. Die meisten Führungskräftepositionen für die erste und zweite Führungsebene werden mit eigenem Nachwuchs besetzt. Zur Sicherstellung der Qualität des Führungskräftenachwuchses gibt es für beide Führungsebenen ein mehrmonatiges Programm zur Auswahl und Entwicklung. Um eine erfolgreiche und zielorientierte Weiterbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden Personalentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Organisationsentwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung und Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb zusammen. Der Konzern Versicherungskammer fördert darüber hinaus verschiedene berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen.

Der Konzern Versicherungskammer bietet jährlich einer hohen Anzahl von geeigneten Bewerbern einen Ausbildungsplatz an. Neben dem Berufseinstieg über die klassische Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen bzw. zum Fachinformatiker legt der Konzern Versicherungskammer seit dem Jahr 1998 regelmäßig für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen duale Studiengänge und für Hochschulabsolventen Traineeprogramme auf.

Das Führungsverständnis folgt seit vielen Jahren der Konzernstrategie und den „Konzerngrundsätzen zur Führung und Zusammenarbeit“. Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilungen sind ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit. Mitarbeiter der zweiten Führungsebene oder solche mit einem übertariflich dotierten Arbeitsver-

trag erhalten eine variable Vergütung, die an den Konzernzielen und der individuellen Leistung der Mitarbeiter ausgerichtet ist.

Der Konzern Versicherungskammer bietet verschiedene Arbeitszeitmodelle an, die die Interessen der Mitarbeiter mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang bringen. Neben den Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit oder zum Jobsharing in Führungspositionen wird auch die Option des mobilen Arbeitens ermöglicht.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement fördert die Gesundheit der Beschäftigten und trägt dazu bei, dass Mitarbeiter leistungsfähig, motiviert und gesund bleiben. Dies wird durch ein systematisches Management der betrieblichen Gesundheit und durch die Stärkung der Eigenverantwortung in Bezug auf Gesundheitsförderung erreicht.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist ein Prozess, der die nachhaltige, gesundheitsbewusste Gestaltung von Arbeit, Organisation und Verhalten zum Ziel hat. Arbeitsgestaltung, Verhalten und Führung/Management müssen gleichermaßen miteinbezogen werden. Außerdem sollen Mitarbeiter und Führungskräfte in ihren mentalen, physischen und professionellen Reserven gestärkt werden. Betriebliches Gesundheitsmanagement umfasst als ganzheitliche Strategie Planung, Koordination, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die sowohl zur individuellen Gesundheit des einzelnen Mitarbeiters als auch zu einer „gesunden Organisation“ beitragen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bietet der Konzern seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Jahresprogramm an. Dieses steht unter einem wechselnden Motto (z. B. „2017bewegend“) und hält vielfältige Angebote, darunter die Aktion Treppesteigen oder die jährliche Blutspendeaktion, bereit. Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik und hat diese im Rahmen der zweiten Re-Auditierung durch die berufundfamilie Service GmbH verstärkt auf alle Konzernunternehmen in der Region ausgeweitet. Das Unternehmen fördert auf diese Weise seit vielen Jahren die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen und positioniert sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber.

Die Vorstände haben für die mitbestimmten Unternehmen neue Zielgrößen für den Frauenanteil der beiden obersten Führungsebenen festgelegt. Diese sind in den Lageberichten der jeweiligen Gesellschaften veröffentlicht. Die Auswirkungen auf die vom Gesetzgeber geforderten Quoten auf Unternehmensebene sind je nach Geschäftsfeld, Größe der Gesellschaft und Art der Dienstleistungsbeziehungen im Konzern unterschiedlich deutlich erkennbar.

¹ Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer überwiegend arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2017. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Für die in den konsolidierten Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren im Jahr 2017 durchschnittlich 6.748 (6.792) Mitarbeiter tätig, davon waren 3.993 (4.060) Vollzeitangestellte, 1.607 (1.538) Teilzeitangestellte, 850 (867) angestellte Außendienstmitarbeiter und 298 (327) Auszubildende.

Die SAARLAND Versicherungen beschäftigten im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 429 (448) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Vertriebspräsenz, Service und Kooperationen

Die zusammen mit den Sparkassen entwickelte systemgestützte Sorglos-Beratung für die Verkaufsbündel Privat- und Einkommensschutz wird nach der erfolgreichen Einführung im Jahr 2016 flächendeckend in allen saarländischen Sparkassen eingesetzt. Immer mehr Sparkassenmitarbeiter verwenden dieses einfache Verkaufsbündel am POS (Point of Sale). Diese positive Resonanz der Mitarbeiter findet sich auch in der Zahl der Abschlüsse wieder. Darüber hinaus wurde die Integration in die Sparkassensysteme weiter vorangetrieben. Zudem wurden die Voraussetzungen der systemgestützten Beratung auch für die Generalagenturen und Geschäftsstellen (360°-Beratung) geschaffen.

Als Serviceversicherer überprüft die SAARLAND Feuerversicherung laufend die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte und achtet auf eine Ausgewogenheit der Kundenbedürfnisse und die Erfüllung ihrer Unternehmensinteressen. Das veränderte Kundenverhalten erfordert dabei auch neue Wege in der Produktentwicklung. In den Sparten Wohngebäude-, Hausrat-, Privathaftpflicht- und Unfallversicherung werden zu diesem Zweck regelmäßig Wettbewerbervergleiche und Kundenbefragungen durchgeführt. Dabei untersucht die SAARLAND Feuerversicherung auch

die Leistungsinhalte und das Beitragsniveau ihrer Mitbewerber am Versicherungsmarkt. Auf diesem Weg gewinnt die SAARLAND Feuerversicherung Transparenz zur Produktpositionierung am Markt und kann neue Markttrends und -entwicklungen frühzeitig erkennen. Gleichzeitig sind die Untersuchungen Grundlage und Taktgeber für Produktverbesserungen und Produktneuentwicklungen.

In Kundenbefragungen wird der SAARLAND Feuerversicherung ein hohes Maß an Kundenvertrauen zugesprochen. Die Gründe dafür sind die langjährige Erfahrung im Bereich der Gebäudeversicherung, Marktführerschaft im Geschäftsgebiet Saarland und eine hohe wahrgenommene fachliche Kompetenz und gute Schadenregulierung. Hervorzuheben ist auch die Kundennähe, die sich aus der regionalen Verankerung ergibt. Die SAARLAND Feuerversicherung hat den Anspruch, diese Kompetenzen stetig weiterzuentwickeln. Dabei wird nicht nur Wert auf das Kerngeschäft der Versicherungen gelegt, sondern auch auf die Weiterentwicklung von Mehrwertleistungen und Services für die Kunden.

Die SAARLAND Feuerversicherung versteht sich als Partner rund um das Haus und unterstützt als kompetenter Ansprechpartner mit dem Konzept des „Gebäudelebenszyklus“ den Kunden in allen Phasen von der Hausplanung bis zum Hausverkauf. Dazu zählen unter anderem die Beratung in den Bereichen Brandschutz, Rauchwarnmelder oder Hochwasserschutzmaßnahmen sowie die Vermittlung von Handwerkern. Zusammen mit dem Kooperationspartner Mondial Kundenservice (MKS) hat der Konzern Versicherungskammer deshalb den Gebäudeschaden-Service gegründet. Dieser gewährleistet für die Kunden schnelle Hilfe und eine reibungslose Abwicklung im Schadenfall. Bei Bedarf wird eine individuelle Begleitung durch Sachverständige angeboten.

Auch in Zukunft wird der Konzern Versicherungskammer weitere Services entwickeln und ausbauen. Konkret sorgt die SAARLAND Feuerversicherung beispielsweise nach Extremwetterereignissen (Hochwasser u. Ä.) bei den Kunden vor Ort für eine rasche Schadenregulierung und präventive Beratung. Kunden, die aufgrund solcher Ereignisse keinen Zugriff auf ihre Versicherungsunterlagen haben, werden unter anderem durch Radiospots über die Kontaktdaten des Konzerns Versicherungskammer informiert. Es werden bei Bedarf kurzfristig mobile Schadenbüros vor Ort eingerichtet. Mit dem Unwetterwarnservice WIND (Weather Information on Demand) und der MehrWetter-App haben die Kunden die Möglichkeit, sich vor extremen Wetterereignissen rechtzeitig zu schützen.

Angesichts der deutlich zunehmenden Extremwetterereignisse ist die Absicherung sogenannter Elementarrisiken, etwa durch Hochwasser oder Starkregen, seit mehreren Jahren Thema in der Politik wie auch in der Versiche-

rungswirtschaft. Nach Angaben des GDV sind nur rund 40 Prozent der Hauseigentümer in Deutschland gegen Elementarschadenrisiken versichert. Im Saarland liegt die Quote noch unter 20 Prozent. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wirbt die SAARLAND Feuerversicherung für mehr Eigenverantwortung der Gebäudebesitzer und informiert über die Notwendigkeit einer Elementarschadenversicherung. Die Ergebnisse zeigen, dass dies bisher gut gelungen ist. Der Konzern Versicherungskammer betreibt mit seinen Partnern in der Versicherungswirtschaft erfolgreich ein Werkstattnetz über die SPN Service Partner Netzwerk GmbH, das Reparaturkosten senkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Kraftfahrtbranche im Konzern stärkt. Neben der reinen Reparatur werden den Kunden umfangreiche Serviceleistungen (Hol- und Bring-service, Fahrzeugreinigung etc.) angeboten.

Die SAARLAND Feuerversicherung entwickelt neue, modulare Produkte für die Kundengruppen Gewerbe, freie Berufe und Landwirtschaft. Alle wesentlichen Kompositsparten werden in eine neue, einheitliche Angebotsplattform integriert. Diese verbessert und vereinfacht den Verkaufsprozess für alle Vertriebspartner. Damit etabliert sich die SAARLAND Feuerversicherung weiter im Markt und erhöht ihre Bekanntheit als kompetenter Gewerbeversicherer. Ebenso wird die hervorragende Marktposition als Landwirtschaftsversicherer gestärkt. Im Zuge der neuen Angebotsplattform soll sukzessive auch die Absicherung der privaten Risiken über modulare Produkte erfolgen.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch fortschreitende Digitalisierung

Neue digitale Technologien und die damit verbundene Vernetzung zahlreicher Lebensbereiche beeinflussen das Kundenverhalten und die Art und Weise, wie der Konzern Versicherungskammer künftig seine Geschäfte führen wird. Die Digitalisierung eröffnet dem Unternehmen neue Wege in der Datenerfassung und -nutzung, schafft Möglichkeiten für innovative Produktlösungen und eine optimierte Kundeninteraktion. Die Digitalisierungs-Roadmap des Konzerns Versicherungskammer baut künftig verstärkt auf die Nutzung von Onlinediensten, um den Austausch mit den Kunden und Vertriebspartnern zu verbessern und gezielter auf deren Bedürfnisse eingehen zu können.

Als Branchenvorreiter nutzt der Konzern Versicherungskammer erfolgreich kognitive Technologien. Im Fokus dieser Technologien steht die Verknüpfung kognitiver Systeme und Big Data/Analytics, um heterogene und unstrukturierte Datenmengen besser auswerten und die Erkenntnisse nutzbringend verwerten zu können. Texte und somit auch Kundenbelange werden präziser und schneller erfasst und können effektiver bearbeitet werden.

Auf Basis dieser Erkenntnisse wird der Einsatz kognitiver Technologien auch im Jahr 2018 weiter ausgebaut.

Chancen durch Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der fortschreitenden Digitalisierung und der sich wandelnden Kundenbedürfnisse ist es von besonderer Wichtigkeit, vielfältige Kompetenzen zu fördern und qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden.

Diversity ist von Bedeutung, um qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte zu gewinnen und langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden. Diversity setzt auf die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter und schafft ein von Respekt und Wertschätzung geprägtes, vorurteilsfreies Arbeitsumfeld.

Im Konzern Versicherungskammer engagieren sich Mitarbeiter und Führungskräfte auf freiwilliger Basis und eigeninitiativ mit vielfältigen Themen für die Entwicklung der konzernweiten Zusammenarbeit. Daraus entstehen Maßnahmen zur Teamentwicklung, zum Führungsverhalten, zur generationen- und hierarchieübergreifenden Zusammenarbeit sowie zum Miteinander der Standorte.

Auch die Förderung von Frauen in qualifizierten Fach- und Führungsfunktionen gehört zum Diversity-Programm, genauso wie die Vereinbarkeit individueller Lebensentwürfe mit den beruflichen Erfordernissen, beispielsweise mit dem Jobsharing von Führungskräften in Teilzeit.

Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Die SAARLAND Feuerversicherung sieht ihre Chancen in erster Linie im weiteren Ausbau ihrer führenden Wettbewerbsposition im Geschäftsgebiet. Durch die flächendeckende Service- und Vertriebspräsenz, das breit gefächerte Versicherungsportfolio für die verschiedenen Kundengruppen, die Anpassung von Verkaufsprozessen und einen intensiven Dialog mit derzeitigen und potenziellen Kunden im Rahmen zahlreicher Initiativen und Projekte ist die SAARLAND Feuerversicherung für zukünftige Wachstumsfelder gut positioniert.

Die SAARLAND Feuerversicherung ist sowohl durch ihr solides Anlageportfolio als auch durch ihr Risikomanagementsystem gut auf die Anforderungen aus Solvency II vorbereitet.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß Abschnitt 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des VAG sowie an den Anforderungen nach Solvency II.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern Versicherungskammer zentral von der Abteilung Konzernrisikocontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrollingeinheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagecontrolling, dem Aktuariat Komposit, der Rückversicherung sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen.

Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren, einzuschätzen und vorausschauend zu steuern.

Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragsituation des Unternehmens wird mithilfe eines

konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss, Governance-Ausschuss, Modellkomitee) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung und Entscheidungsvorbereitung und gewährleisten die Förderung der Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Im Zuge des Risikomanagementprozesses führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können. Um diese Risiken zu vermeiden bzw. zu reduzieren, werden spezifische Handlungsstrategien plausibilisiert und bei Bedarf weiterentwickelt.

Das Reporting über eingegangene Risiken, über die aktuelle Risikosituation und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt über die Risikomanagementfunktion.

Das Unternehmen führt mindestens einmal pro Jahr eine umfassende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) durch. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte dies turnusmäßig auf Basis des Stichtags 31. Dezember 2016. Eine anlassbezogene Beurteilung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht notwendig.

Risikoprofil

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken dominiert.

Die Marktrisiken beschreiben die Unsicherheit der Kapitalanlage in Bezug auf die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen sowie hinsichtlich der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten. Dies schließt beispielsweise das Aktien-, Spread-, Immobilien-, Zins- oder Wechselkursrisiko mit ein.

Das versicherungstechnische Risiko im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung beschreibt das Risiko, dass die versicherten Schäden über den Erwartungen liegen können. Wesentliche Risiken sind dabei das Prämien- und das Reserverisiko sowie Kumul- bzw. Katastrophenrisiken.

Das Risikoprofil umfasst zudem Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft (Gegenparteausfallrisiko), operationelle Risiken aus menschlichem, technischem, prozessuellem oder organi-

satorischem Versagen sowie Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken. Diese Risiken sind eher von untergeordneter Bedeutung.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bemisst sich an der Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen und Devisenkursen) sowie über die Abhängigkeiten und ihre Volatilitätsniveaus. Es leitet sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens werden grundsätzlich nach dem Prinzip der unternehmerischen Vorsicht angelegt. In einem Anlagekatalog sind zulässige Anlageklassen und Anlagegrundsätze enthalten. Dadurch wird sichergestellt, dass die Marktrisiken, die insbesondere aus der Anlagetätigkeit resultieren, quantifizierbar und beherrschbar sind. Im Rahmen der Anlageplanung werden diese Vorgaben präzisiert. Dabei sind insbesondere die dauerhafte Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung, die dauerhafte Bedeckung der Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen sowie eine Mindestverzinsung sicherzustellen.

Das Unternehmen hat umfangreiche Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden mithilfe von Stress-tests sowie Szenario- und Sensitivitätsanalysen die Risikotragfähigkeit und die Auswirkungen auf die HGB-Bilanz sowie die Solvabilitätsübersicht überprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen zusammen mit den Verbindlichkeiten abzuleiten.

Konkret werden z. B. die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus, ein wesentlicher Schock an den Aktienmärkten sowie eine Verschlechterung der Bonität von Zinsträgern untersucht, um weiterhin vorausschauend agieren zu können.

In den betrachteten Szenarien und im betrachteten Planungszeitraum ist das Unternehmen in der Lage, alle handelsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Ebenso bleibt die Eigenmittelausstattung stets deutlich oberhalb der intern definierten Warnschwelle. Darüber hinaus werden mit Blick auf das Konzentrationsrisiko interne Limits für Mischung und Streuung der Kapitalanlagen festgelegt und deren Einhaltung überwacht.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten.

Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Zur Sicherstellung einer Mindestverzinsung nach HGB wird in der Planung für jede Risikokategorie ein ausreichendes Risikobudget zur Verfügung gestellt. Für volatile Anlageklassen wie z. B. Aktien muss ein größeres Risikobudget zur Verfügung gestellt werden, sodass im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung die Erzielung der Mindestverzinsung nicht gefährdet wird.

Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen des Unternehmens (etwa 68 Prozent bezüglich des Marktwerts) ist in Zinsträger investiert und somit dem **Zinsrisiko** und großteils dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Die Zinsträger entfallen überwiegend auf Staatsanleihen (15,7 Mio. Euro) sowie auf Unternehmensanleihen (81,9 Mio. Euro). Die Staatsanleihen setzen sich im Wesentlichen aus Anleihen deutscher Bundesländer sowie Sondervermögen im Zusammenhang mit dem europäischen Stabilitätspakt zusammen.

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem **Aktienrisiko**. Diese entsprechen etwa 24 Prozent (Zeitwert 41,8 Mio. Euro) der gesamten Kapitalanlagen des Unternehmens.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Bauten (12,0 Mio. Euro) als auch Immobilienbeteiligungen im indirekten Bestand (0,1 Mio. Euro).

Alle wesentlichen **Wechselkursrisiken** aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert. Es bestehen keine Verbindlichkeiten in Fremdwährungen.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko entsteht dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zinssensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten. Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Unterstellt man im Bereich der Zinsträger zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, führt dies zu einer Verminderung des Zeitwertes um 6,2 Mio. Euro. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risiko-tragfähigkeit gegeben.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrunde liegenden Duration. Die Volatilität der Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Die hohe Kreditqualität des Bestands an Zinsträgern zeigt sich daran, dass zum Stichtag 92 Prozent der Zinsträger mit einer Bonitätsbeurteilung im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Bonitätsstufen stellt sich im Unternehmen für den jeweiligen Bestand an Zinsträgern nach Zeitwerten wie folgt dar:

Zinsträger	Anteile der Bonitätsstufen in Prozent			
	AAA/AA	A/BBB	BB/B	NR CCC-D
Staatsanleihen und -darlehen	82,0	9,3	8,7	–
Unternehmensanleihen	26,3	64,5	9,2	0,1
Pfandbriefe/Covered Bonds	100,0	–	–	–
Sonstige Zinsträger	1,7	97,6	–	0,8
Gesamtbestand	40,7	51,4	7,8	0,1

Das Spreadrisiko wird durch strenge Vergabemodalitäten und ein Limitsystem zur Sicherstellung einer angemessenen Mischung und Streuung minimiert. Die Exponierung in Spreadrisiken innerhalb des indirekten Bestands wird ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte werden laufend überwacht.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen).

Der Bestand an Aktien und mit Aktienrisiko behafteten Investitionen beträgt etwa 24 Prozent des Kapitalanlagebestands.

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen werden dynamische Quotensteuerungsstrategien eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die Quotensteuerung zielt auf eine möglichst hohe Aktienrendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Kursverluste im Fall von kritischen Marktentwicklungen ab. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, d. h. Futures und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes entsprechend dem zugrunde liegenden Aktienbestand.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 30 Prozent und der Beteiligungszeitwerte um 15 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 5,8 Mio. Euro führen. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Das Immobilienrisiko wird durch ein aktives Portfoliomanagement und durch die hohe Qualität des Immobilienportfolios gemindert.

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwertes oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Das Wechselkursrisiko wird durch den Einsatz von Derivaten gemindert, dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportfolios in gängigen Währungen vollumfänglich abgesichert. Aus diesem Grund ist das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Die Absicherungen sind rollierend und entsprechend den Anforderungen der Art. 208 ff. der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 ausgestaltet. Insbesondere wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen laufend überwacht.

Konzentrationsrisiko

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den als auch innerhalb der Anlageklassen ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagenkonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden. Die Mischung der Vermögensanlagen soll durch einen Risi-

koausgleich zwischen den verschiedenen Anlagen anlagentypische Risiken begrenzen und so die Sicherheit des gesamten Bestandes mit herstellen. Es gilt der Grundsatz, dass eine einzelne Anlageklasse nicht überwiegen darf.

Unter „Streuung“ ist die zur Risikodiversifizierung gebotene Verteilung der Anlagen aller Arten auf verschiedene Schuldner bzw. bei Immobilien auf verschiedene Objekte zu verstehen. Die Quoten werden risikoorientiert aus der Bonität der jeweiligen Schuldner(gruppe) abgeleitet.

Durch die Festlegung von Limits in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen wird eine hohe Diversifikation des Portfolios erreicht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung

Das versicherungstechnische Risikoprofil des Unternehmens wird maßgeblich durch das Prämien- und Reserverisiko sowie die Katastrophenrisiken dominiert.

Daneben ist das Unternehmen im geringen Umfang dem lebensversicherungstechnischen Risiko ausgesetzt. Diese Exponierung basiert zum einen auf dem kapitalbildenden Teil des Unfallgeschäfts mit Beitragsrückzahlung sowie zum anderen auf anerkannten Renten aus der Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Eine Begrenzung des Risikoexposures in diesem Bereich wird durch angemessene Rückversicherungsverträge sowie durch das Instrument der Mitversicherung (Konsortialgeschäft) erreicht. Diesbezüglich arbeiten die öffentlich-rechtlichen Versicherer im Rahmen der Versicherungsgemeinschaft Großkunden (VGG) zusammen.

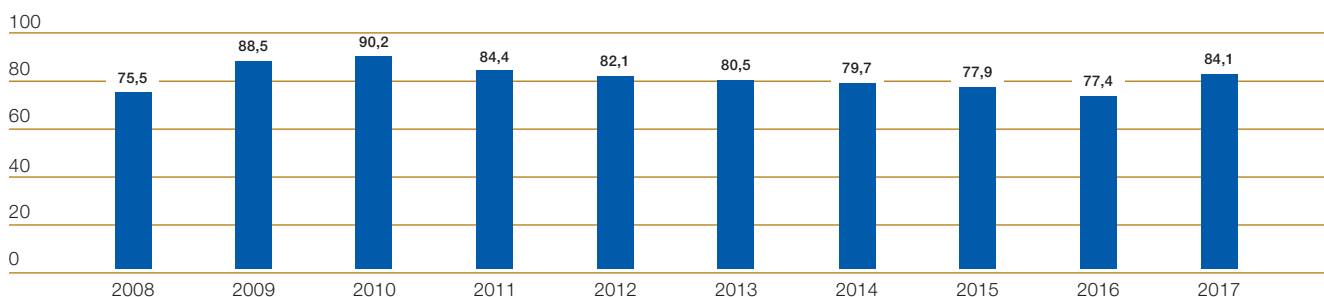
Prämien-/Reserverisiko

Das Prämienrisiko in der Nichtlebensversicherung spiegelt das Risiko wider, dass insbesondere die Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres die verdienten Beiträge übersteigen. Dem Prämienrisiko begegnet das Unternehmen durch eine differenzierte Beitragskalkulation unter Einbeziehung von Risikogesichtspunkten. Um das Versicherungsgeschäft auf Dauer erfolgreich betreiben zu können, wird das Prämienrisiko durch gezielte Risikoselektion begrenzt. Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt.

Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die im Jahr 2017 erzielte bilanzielle Schadenquote netto von 84,1 Prozent liegt über dem durchschnittlichen Niveau der letzten zehn Jahre. Bereinigt um rückversicherte Kumulschadenereignisse des Ereignisjahres 2017 ergäbe sich eine Schadenquote von 75,5 Prozent. Im Vorjahr sind keine Kumulschadenereignisse eingetreten.

Bilanzielle Schadenquote netto in Prozent



Gleichzeitig lag das Netto-Abwicklungsergebnis mit 13,9 (15,7) Prozent der Eingangsschadenrückstellung über dem durchschnittlichen Zehnjahresniveau.

Das Reserverisiko bezeichnet die Gefahr, dass die gebildeten Schadenrückstellungen für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete oder noch nicht vollständig abgewickelte Versicherungsfälle nicht ausreichen, um die tatsächlichen Schadenansprüche zu decken. Dies kann für das Unternehmen zu einem Abwicklungsverlust führen. Das Reserverisiko entsteht somit aus einer gegebenenfalls unzureichenden Schadenreservierung und einer

sich daraus ergebenden Belastung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Insbesondere in den Longtail-Sparten kann dies aufgrund der impliziten Laufzeiten ein höheres Risiko darstellen.

Grundsätzlich nimmt das Unternehmen zur Risikobegrenzung eine vorsichtige Rückstellungsbemessung vor. Über eine jährliche aktuarielle Schadeneinschätzung erfolgt eine Überprüfung der Angemessenheit der Schadenrückstellung. Hieraus können Empfehlungen an die operativen Bereiche abgeleitet werden.

Auf Ebene der Einzelsparten wird die Entwicklung der Rückstellung in den zuständigen Fachbereichen laufend überwacht. Zudem finden in den operativen Einheiten regelmäßig Rückstellungsprüfungen statt.

Dem Reserverisiko wird insbesondere durch eine ausreichend hohe Dotierung der Spätschadenreserve begegnet, die für Schäden gebildet wird, die voraussichtlich bereits eingetreten, aber dem Unternehmen noch nicht bekannt gemacht worden sind. Die Spätschadenreserven werden auf Basis aktueller Methoden ermittelt. Insbesondere werden für Schäden mit einer langen Abwicklungsdauer Spätschadenreserven gebildet, die nach Versicherungsarten differenziert errechnet werden.

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko besteht im Eintritt hoher Einzel- oder Kumulschäden. In der Nichtlebensversicherung wird in dieser Hinsicht insbesondere zwischen dem Naturkatastrophenrisiko und dem von Menschen verursachten Risiko (Man-made-Risiko) differenziert. Dem Naturkatastrophenrisiko werden unter anderem Schäden infolge von Sturm, Hagel, Starkregen, Überschwemmung, Schneeeindruck oder Erdbeben zugerechnet.

Aufgrund der Ausrichtung als Regionalversicherer mit überwiegender Exponierung im Saarland weist das Unternehmen ein besonderes Kumulrisiko im Bereich Naturgefahren auf.

Im Rahmen einer statistischen 200-Jahre-Betrachtung weist die Naturgefahr Sturm den größten Bruttoschaden für das Unternehmen auf. Bei der statistischen Schätzung der für das Unternehmen wesentlichen Naturgefahren ist in den vergangenen Jahren ein Anstiegstrend zu beobachten. Aufgrund der vorliegenden Volatilität der Messung ist ein zufälliger Effekt allerdings nicht auszuschließen. Die Entwicklung wird regelmäßig beobachtet.

Zur Eingrenzung der Risiken beobachtet das Unternehmen ein eventuelles Abweichen des tatsächlichen vom erwarteten Schadenverlauf und präzisiert gegebenenfalls die Kalkulationen. Spitzenbelastungen durch hohe Einzel- und Kumulrisiken wird durch sorgfältig gewählten Rückversicherungsschutz begegnet.

Als Instrumente des Risikomanagements kommen mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen zur Einschätzung von Naturkatastrophenrisiken sowie die Optimierung des Rückversicherungsschutzes aktiv zum Einsatz. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt. Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Katastrophenrisiken aufgrund von höherer Gewalt oder aufgrund von Terroranschlägen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Konzern Versicherungskammer ist über die Deutsche Rückversicherung AG an der EXTREMUS Versicherungs-AG beteiligt. EXTREMUS bietet die Möglichkeit, Großrisiken gegen Terrorschäden zu versichern. Ferner ist der Konzern am Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer beteiligt. Der Solidaritätspool dient der Vermeidung von Deckungslücken im Rückversicherungsbereich.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Die fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3,9 Mio. Euro. Davon entfielen auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind, 1,2 Mio. Euro.

Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden und Vermittlern um Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro vermindert. Diesem Risiko wurde mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der vergangenen drei Jahre lag bei 1,30 Prozent.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler ist für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfallrisiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, wird der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Bei dem Unternehmen stellt das Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern die größte Risikoexponierung innerhalb des Gegenparteiausfallrisikos dar. Diesem Risiko wird mit einem etablierten Auswahlprozess sowie laufender Überwachung der Kreditwürdigkeit entgegengewirkt. Das konzernweite Rückversicherungsgeschäft wird nahezu vollständig durch den konzerninternen Rückversicherer (Rating „A“) kanalisiert und an den Markt gegeben.

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,5 Mio. Euro.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund von mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Zahlungsströme aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Mittelfristplanung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Zahlungsströme der Aktiv- und Passivseite, die unterjährigen, mittelfristigen und langfristigen Zahlungsströme sowie die notwendige Liquidität ermittelt.

Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Soll-Ist-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Darüber hinaus sorgt eine vorsichtige, konservative sowie taktische und strategische Asset-Allocation für eine angemessene Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Das operationelle Risiko umfasst insbesondere Risiken in den Bereichen IT, Personal, Recht und Betrug, jedoch nicht strategische oder Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend in Bezug auf potenzielle technische Bedrohungen. Ange-

messene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Personalrisiken können aus Fluktuation, Kapazitätsengpässen, Motivationsverlust bei Mitarbeitern und ähnlichen Ursachen resultieren. Um diese zu minimieren, kommen im Unternehmen neben der strategischen Personalplanung insbesondere Maßnahmen wie regelmäßige Mitarbeitergespräche, personelle Förderungs- und Fortbildungsprogramme, flexible Arbeitszeitgestaltung oder betriebliches Gesundheitsmanagement zum Einsatz.

Rechtliche Risiken können sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen sowie deren Änderungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt. Die Hauptabteilung Compliance sowie die Geldwäschebeauftragtenfunktion tragen unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Betrugsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes Internes Kontrollsystem vermindern diese Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie durch die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich minimiert.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsfunktionen und -prozesse auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen in Bezug auf ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllt werden können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherers haben können. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen einem geänderten Wirtschaftsumfeld nicht angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inkl. der Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikocontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder durch die sozialen Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt innerhalb des Konzerns Versicherungskammer unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern Versicherungskammer der Einhaltung des GDV-Verhaltenskodex zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern.

Aus heutiger Sicht liegen jedoch keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unter-

nehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Dies wird beispielsweise durch aktives Risikomanagement im Naturkatastrophenbereich deutlich. Interne Risikomodellierungen bilden in diesem Zusammenhang die Grundlage für die Ausrichtung einer adäquaten Rückversicherung.

Des Weiteren wurden umfangreiche Konzepte, Prozesse und Strukturen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an das Risikoberichtswesen (unter anderem RSR/SFCR) erstellt und etabliert. Gleichzeitig wurde die Risikostrategie entsprechend weiterentwickelt. Auch die Risikosteuerung konnte weiter verbessert werden. Dies erfolgte beispielsweise im Zuge der Weiterentwicklung des ORSA-Prozesses oder des Asset-Liability-Managements.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherer wurden in den letzten Jahren deutlich verändert. Das Unternehmen hat sich in der Vergangenheit intensiv auf die Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II vorbereitet und die notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigt für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird sich vor dem Hintergrund einer wachsenden Investitionsnachfrage und einer positiven Entwicklung des Welthandels im Jahr 2018 voraussichtlich anhaltend günstig darstellen. Nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung (Jahresgutachten 2017/2018, November 2017) wird sich der Konjunkturaufschwung im Euroraum im Jahr 2018 weiter fortsetzen. Ein Teil des Aufschwungs wird von der noch immer expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank getragen, die für außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen im Euroraum sorgt. Die Wirtschaftssachverständigen rechnen im Euroraum für das Jahr 2018 mit einer Wachstumsrate von 2,1 Prozent. Dazu trägt Deutschland mit einer erwarteten Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent bei.

Der Haupttreiber des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Deutschland wird weiterhin die Binnennachfrage sein. Zwar wird ein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise erwartet, jedoch führen die günstige Beschäftigungslage auf dem deutschen Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen

zu höheren Haushaltseinkommen und steigenden privaten Konsumausgaben. Neben dem privaten Konsum werden sich auch die Staatsausgaben und wachsende Investitionen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Branchenentwicklung

Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Deren Lage stellt sich aufgrund der guten Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven weiterhin günstig dar. Wachstumsimpulse sind aufgrund der guten konjunkturellen Situation in allen wichtigen Wirtschaftsregionen auch aus dem gewerblich-industriellen Bereich zu erwarten. Die deutsche Versicherungswirtschaft dürfte daher im Geschäftsjahr 2018 eine stabile Geschäftsentwicklung mit einem leichten Beitragsplus von etwas über einem Prozent gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 zeigen (Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018, GDV).

Das Potenzial für Bestandswachstum in der Schaden- und Unfallversicherung ist aufgrund des hohen Grads der Marktdurchdringung sehr gering. Allerdings sollte die anhaltend günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte mit geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Reallöhnen die private Versicherungsnachfrage stützen. Zudem sind vom Unternehmenssektor zunehmend positive Impulse für das gewerblich-industrielle Geschäft zu erwarten.

Für das Jahr 2018 wird in der Schaden- und Unfallversicherung wiederum ein deutlich positives Beitragswachstum gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Geschäftschancen ergeben sich für die Schaden- und Unfallversicherer insbesondere im Bereich der Elementarversicherung, da in Deutschland die Versicherungsdichte bei Risiken gegen Elementarschäden trotz der Zunahme von Wetterextremen relativ gering ist. Nach einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 2017 soll zukünftig nur noch derjenige Staatshilfen nach Naturkatastrophen erhalten, der sich ohne Erfolg um eine private Elementarversicherung bemüht hat oder diese wirtschaftlich nicht tragen kann. Die Aufklärung über den erforderlichen Versicherungsschutz gegen Naturgefahren wird daher weiter ein wichtiges Aufgabefeld der Schaden- und Unfallversicherer bleiben.

Als weiteres Wachstumsfeld der Schaden- und Unfallversicherer wird die Cyberversicherung an Bedeutung gewinnen. Das Risikobewusstsein für Gefahren aus dem Internet und die damit verbundenen Vermögensschäden wächst zunehmend, und zwar sowohl im Bereich der großen Konzerne und mittelständischen Unternehmen als auch bei Privatkunden.

Unternehmensentwicklung

Die SAARLAND Feuerversicherung setzt im Jahr 2018 die Fokussierung auf ihr Geschäftsmodell als „Versicherer der Region“ mit den Kerngeschäftsfeldern im standardisierten privaten und gewerblichen Segment konsequent fort. In diesen Bereichen wird von einem deutlichen Beitrags-

wachstum ausgegangen, das sich insbesondere auf die Verbundene Wohngebäudeversicherung und die gewerbliche Sachversicherung stützt. Dieses Wachstum resultiert sowohl aus dem erwarteten Neugeschäft als auch aus Index- und Beitragsanpassungen. Durch die Fokussierung auf das Geschäftsmodell und den damit verbundenen Abrieb von industriellem Geschäft ist im Jahr 2018 insgesamt ein leichter Rückgang des gebuchten Bruttobeitrags zu erwarten.

Für die Einschätzung der Schadenentwicklung geht die SAARLAND Feuerversicherung von einem durchschnittlichen Schadenerwartungswert aus, der aus Vergangenheitswerten abgeleitet wird. Weitere Verbesserungen im Schadenservice werden zu einer effizienteren Schadenbearbeitung führen und damit aufwandsreduzierend wirken. Die SAARLAND Feuerversicherung geht deshalb von einer weiterhin leicht positiven korrespondierenden Entwicklung der bilanziellen Bruttoschadenquote im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie einer Verbesserung der Combined Ratio (brutto) aus. Die Annahmen zum Schadenverlauf können allerdings durch nicht vorhersehbare Schadenereignisse – insbesondere bei Elementar- und Großschäden – erheblich beeinflusst werden. Bei der Kostenquote wird infolge des Beitragsrückgangs ein leichter Anstieg erwartet.

Die SAARLAND Feuerversicherung wird mit ihrer Produktpalette, ihrer Kosteneffizienz sowie der flächendeckenden Service- und Vertriebspräsenz in der Region die führende Wettbewerbsposition weiter ausbauen. Produktneuerungen, stark vereinfachte und zugleich umfassende Verkaufskonzepte sowie der weitere Ausbau der Services tragen zur nachhaltigen Festigung der Marktposition bei. Im Produktportfolio werden dabei bestehende Leistungsinhalte aktualisiert, an neue Risikosituationen angepasst, Versicherungssummen erhöht und Kalkulationen überprüft. In den folgenden Jahren wird die Ertragsorientierung beim versicherungstechnischen Ergebnis weiterhin im Fokus stehen.

In der Verbundenen Wohngebäudeversicherung wird das Unternehmen die Erfolge in der Bestandsumstellung auf die Sorglos-Produktlinie fortsetzen. Ziel ist es weiterhin, Hausbesitzer umfassend für die Gefahren durch Unwetter zu sensibilisieren. Vor diesem Hintergrund wird die Anbündelungsquote der Elementarschadenversicherung weiter gezielt ausgebaut.

In der Verbundenen Hausratversicherung wird eine weitere Verbesserung der Bestandsentwicklung erwartet, speziell gefördert durch einen einfachen Verkaufsansatz.

In der gewerblichen Sachversicherung wird die SAARLAND Feuerversicherung ihre erfolgreiche und risikoadäquate Zeichnungspolitik fortführen, um das Schadenrisiko beherrschbar zu halten. Zusätzlich werden mit modernen Produkten gezielte Maßnahmen zur vertriebli-

chen Unterstützung und nachhaltigen Ertragssteigerung ergriffen, sodass das Unternehmen seine starke Marktposition weiter sichern und ausbauen wird.

In der Kraftfahrtversicherung liegt der Fokus auf dem regionalen privaten und kleingewerblichen Geschäft. Mit dem innovativen modularen Fuhrparkprogramm für Gewerbetunden bietet die SAARLAND Feuerversicherung einen umfassenden und leistungsstarken Schutz für Handwerks- und mittelständische Betriebe. Die Jahresergebnisse werden durch eine risikoadäquate Beitragskalkulation sowie kontinuierliche Optimierungen in der Schadenregulierung weiter merklich verbessert.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung bietet die SAARLAND Feuerversicherung als etablierter, stabiler und langfristiger Partner ein umfassendes und bedarfsgerechtes Produktportfolio. Hierbei bilden die privaten Haftpflicht Risiken aufgrund des Geschäftsvolumens und der Ertragsstärke eine wichtige Säule. Es wird auch im Jahr 2018 ein deutlich positives Ergebnis analog den Vorjahren erwartet.

Die Unfallversicherung positioniert sich mit ihrer aktuellen Produktlinie weiterhin sehr gut im Markt und wird auch im Jahr 2018 an ihren stabilen Wachstumspfad der vergangenen Jahre anknüpfen.

In der Versicherungstechnik wird im Jahr 2018 von einem gegenüber 2017 verbesserten, jedoch noch negativen Gesamtergebnis nach Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Die Kapitalmärkte werden voraussichtlich auch in den kommenden Jahren im Zeichen der Niedrigzinsphase stehen. Die SAARLAND Feuerversicherung ist auf diese Situation mit ihrer Anlagepolitik vorbereitet. Die laufende Verzinsung der Kapitalanlagen ohne Berücksichtigung des Ergebnisses aus konzerninternen Beteiligungen wird bei anhaltend niedrigen Zinsen im Vergleich zum Jahr 2017 leicht sinken. Diese Prognose beruht auf der aktuellen Kapitalanlagenstruktur des Unternehmens sowie der Annahme eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds.

Damit einhergehend ist für 2018 mit einem unter dem Niveau von 2017 liegenden Kapitalanlageergebnis zu rechnen.

Insgesamt rechnet die SAARLAND Feuerversicherung für das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss auf dem Niveau des Ergebnisses aus dem Jahr 2017.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und der vorsichtigen Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um

Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Zukunftsprognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Im April 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Durch eine daraus resultierende Änderung des Aktiengesetzes (AktG) ist die Gesellschaft verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Der Aufsichtsrat legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 30,0 Prozent im Aufsichtsrat und von 1,0 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 1,0 Prozent in der ersten und von 30,0 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Zum Stichtag der Zielerreichung (30. Juni 2017) konnte für den Vorstand die Zielgröße angesichts der personellen Kontinuität nicht erreicht werden. Die für den Aufsichtsrat vorgesehene Zielgröße wurde geringfügig unterschritten (-3,4 Prozent). Im Rahmen der Neuwahlen der Aufsichtsratsmitglieder im Mai 2016 wurde arbeitnehmerseitig ein weibliches Aufsichtsratsmitglied weniger als in der vorhergehenden Amtsperiode gewählt.

In den beiden obersten Führungsebenen wurden die Zielgrößen geringfügig nicht erreicht. In der ersten Führungsebene konnte die Zielgröße mangels geeigneter Bewerberinnen nicht erreicht werden. In der zweiten Führungsebene wurde die Zielgröße aufgrund einer vorläufig zurückgestellten Nachbesetzung nicht bis zum 30. Juni 2017 erreicht.

Nach Ablauf dieser ersten Zielerreichungsfrist hat die Gesellschaft neue Zielgrößen festgelegt.

Der Aufsichtsrat legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 26,6 Prozent im Aufsichtsrat und von 1,0 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 1,0 Prozent in der ersten und von 26,3 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen sollen bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden.

Definitionen

Abschlusskostenquote brutto

Die Abschlusskostenquote brutto ist das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Bilanzielle Schadenquote brutto

Die bilanzielle Schadenquote brutto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto) an den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Combined Ratio (brutto) nach GDV

Die Combined Ratio (brutto) ist das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die Versicherungsleistungen und die sonstigen versicherungstechnischen Bruttositionen zu den abgegrenzten Prämien.

Geschäftsjahresschadenquote brutto

Die Geschäftsjahresschadenquote brutto gibt den Geschäftsjahresschadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen an.

Kostenquote brutto

Die Kostenquote brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den verdienten Beiträgen (brutto).

Kostensatz brutto

Der Kostensatz brutto gibt das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto) an.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Verwaltungskostensatz brutto

Der Verwaltungskostensatz brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Feuerversicherung
Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung
Sonstige Feuerversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung
Leitungswasser(LW)-Versicherung
Glasversicherung
Sturmversicherung
Haftpflichtversicherung
Unfallversicherung mit und ohne Beitragsrückgewähr
Krafftfahrtversicherung
Hagelversicherung
Extended-Coverage(EC)-Versicherung
Reisegepäckversicherung
Filmtheater-Einheitsversicherung
Valorenversicherung
Maschinenversicherung
Bauwesenversicherung
Montageversicherung
Transportversicherung
Versicherung von Waren in Tiefkühlanlagen
Elektronikversicherung
Verkehrs-Serviceversicherung
Wassersport-Kaskoversicherung

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Haftpflichtversicherung
Unfallversicherung
Luftfahrtversicherung
Atomanlagenversicherung

Vermitteltes Versicherungsgeschäft

Rechtsschutzversicherung
Krankenversicherung
Kredit- und Kautionsversicherung
Reiseversicherung

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.875.292	5.245.794
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15.698.491	12.871.350
2. Beteiligungen	1.668.726	1.803.804
	17.367.217	14.675.154
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83.486.031	90.129.022
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.019.391	2.028.128
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.670.489	4.026.893
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	28.383.313	29.718.824
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.776.289	15.615.869
	39.159.602	45.334.693
5. Einlagen bei Kreditinstituten	–	4.000.000
	130.335.513	145.518.736
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	36.319	36.137
	152.614.341	165.475.821
B. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	2.023.604	2.619.943
2. Versicherungsvermittler	1.079.726	1.835.059
davon: an verbundene Unternehmen: 21.197 (18.097) €		
davon: an Beteiligungsunternehmen: 610.936 (1.329.056) €	3.103.330	4.455.002
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	1.537.201	81.693
davon: an verbundene Unternehmen: 1.343.541 (–) €		
III. Sonstige Forderungen	4.517.890	2.432.395
davon: an verbundene Unternehmen: 2.986.247 (1.807.943) €		
	9.158.421	6.969.090
C. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	514.347	494.719
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	10.660.684	4.700.941
III. Andere Vermögensgegenstände	3.948.099	4.773.920
	15.123.130	9.969.580
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	756.047	805.974
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	120.392	125.319
	876.439	931.293
E. Aktive latente Steuern	4.950.000	6.007.000
Summe der Aktiva	182.722.331	189.352.784

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, den 15. Februar 2018

Der Treuhänder
Pöschl

Passivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	13.350.000	13.350.000
	13.350.000	13.350.000
II. Kapitalrücklage	27.643.951	27.643.951
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	580.828	580.828
2. andere Gewinnrücklagen	5.590.640	5.351.040
	6.171.468	5.931.868
IV. Bilanzgewinn	140.300	639.600
	47.305.719	47.565.419
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	11.697.852	11.882.428
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-3.695.207	-3.754.310
	8.002.645	8.128.118
II. Deckungsrückstellung	5.220.866	4.954.696
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	146.210.859	160.768.918
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-79.212.783	-93.637.670
	66.998.076	67.131.248
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	11.931	16.413
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	19.648.312	22.285.090
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	547.604	628.939
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-145.132	-169.513
	402.472	459.426
	100.284.302	102.974.991
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.657.193	7.618.256
II. Steuerrückstellungen	-	294.492
III. Sonstige Rückstellungen	2.375.351	2.849.493
	11.032.544	10.762.241
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	11.995.535	11.580.170
E. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
1. Versicherungsnehmern	8.142.767	8.916.324
2. Versicherungsvermittlern	1.636.443	2.510.637
	9.779.210	11.426.961
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	72.561	1.997.723
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: – (1.937.473) €		
III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.245.235	3.036.987
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 845.354 (1.551.750) €		
davon: aus Steuern: 1.067.960 (1.089.537) €		
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit: – (1.437) €		
	12.097.006	16.461.671
F. Rechnungsabgrenzungsposten	7.225	8.292
Summe der Passiva	182.722.331	189.352.784

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. II. und B. III. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist. Altbestand im Sinne des § 336 VAG ist nicht vorhanden.

München, den 19. Januar 2018

Der Verantwortliche Aktuar
Dr. Sussmann

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	108.053.394	125.011.367
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-49.965.212	-53.877.200
	58.088.182	71.134.167
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	184.576	104.332
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-59.103	7.720
	125.473	112.052
	58.213.655	71.246.219
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung	256.903	192.832
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	30.703	31.777
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-93.062.360	-85.495.665
bb) Anteil der Rückversicherer	43.987.320	33.119.320
	-49.075.040	-52.376.345
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	14.558.058	-9.386.576
bb) Anteil der Rückversicherer	-14.424.887	6.668.804
	133.171	-2.717.772
	-48.941.869	-55.094.117
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Netto-Deckungsrückstellung	-266.170	-103.477
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	56.954	-12.179
	-209.216	-115.656
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-30.509.893	-32.223.924
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinn- beteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	16.409.787	15.179.531
	-14.100.106	-17.044.393
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	-943.229	-966.951
8. Zwischensumme	-5.693.159	-1.750.289
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	2.636.778	-3.195.511
10. Versicherungstechnische Rechnung	-3.056.381	-4.945.800

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	483.071	659.187
davon: aus verbundenen Unternehmen: 483.071 (659.187) €		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
davon: aus verbundenen Unternehmen: 238.825 (114.604) €		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	936.780	923.357
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.466.246	3.550.757
	2.403.026	4.474.114
c) Erträge aus Zuschreibungen	4.124.401	930.480
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	885.826	597.300
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinn- abführungsverträgen	599.750	599.750
	8.496.074	7.260.831
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-742.796	-874.059
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-257.554	-276.203
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-8.229	-
	-1.008.579	-1.150.262
	7.487.495	6.110.569
3. Technischer Zinsertrag	-256.903	-192.833
	7.230.592	5.917.736
4. Sonstige Erträge	22.670.107	23.213.590
5. Sonstige Aufwendungen	-25.363.414	-24.003.369
	-2.693.307	-789.779
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.480.904	182.157
7. Außerordentliche Aufwendungen	-50.859	-50.860
8. Außerordentliches Ergebnis	-50.859	-50.860
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.260.900	549.551
10. Sonstige Steuern	-28.845	-41.248
	-1.289.745	508.303
11. Jahresüberschuss	140.300	639.600
12. Bilanzgewinn	140.300	639.600

Anhang

Angabe zur Identifikation

Die SAARLAND Feuerversicherung Aktiengesellschaft mit Firmensitz in der Mainzer Straße 32–34, 66111 Saarbrücken, wird im Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken unter der Handelsregister-Nummer HRB 9163 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Eurobeträgen ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls, bei dauernder Wertminderung, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Anteile an verbundenen Unternehmen sowie **Beteiligungen** wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip). Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB ist bei Finanzanlagen eine außerplanmäßige Abschreibung auch bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung möglich.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei zum Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Namenschuldverschreibungen sowie **Schuldscheinforderungen und Darlehen** wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip). Bei Namensschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Depotforderungen wurden zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Kapitalanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 256a Satz 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a Satz 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft, sonstige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die unter den abgegrenzten Zinsen und Mieten ausgewiesenen Beträge entfielen auf das Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden grundsätzlich mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die Gesellschaft machte von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB für aktive latente Steuern Gebrauch.

Aktive latente Steuern wurden für temporäre und quasitemporäre Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanzen angesetzt. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden aktiviert, sofern es wahrscheinlich ist, dass diese genutzt werden können. Latente Steuererstattungsansprüche, deren Realisierung unsicher ist, wurden wertberichtigt.

Die Bewertung erfolgte in Höhe der voraussichtlichen Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 32,8 (32,8) Prozent. Latente Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden wurden je Bilanzposition ermittelt und saldiert.

Die **Beitragsüberträge** im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden für jeden Vertrag aus den gebuchten Beiträgen nach dem 360stel-System berechnet.

Die Anteile der Rückversicherung bei Summenexzedentenverträgen werden entsprechend berechnet. Bei Quotenverträgen werden die Anteile der Rückversicherer im Verhältnis der Rückversicherungsbeiträge zu den Bruttobeiträgen gebildet. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile werden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft werden entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer gestellt.

Die **Rentendeckungsrückstellungen** werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Die **Beitrags-Deckungsrückstellung** der Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückgewähr wird einzelvertraglich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Die **Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** im selbst abgeschlossenen Geschäft werden grundsätzlich durch Einzelbewertung ermittelt. Darüber hinaus wird eine Spätschadenrückstellung für die vor dem Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Bilanzstichtag noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle gebildet. Die Bewertung erfolgt nach Erfahrungswerten der Vergangenheit.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im übernommenen Versicherungsgeschäft wird entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer gebildet.

Die Anteile der Rückversicherer an den Schadenrückstellungen werden nach den Rückversicherungsverträgen bemessen.

Die **Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung** umfasste die für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr angesammelten Beträge. Sie enthielt die noch nicht zugeteilten Überschussanteile.

Die **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** wurde gemäß den vertraglichen Regelungen gebildet.

Die **Schwankungsrückstellung** wird nach § 341h Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet.

Die Großrisikenrückstellungen für die unter das Arzneimittelgesetz fallenden Versicherungen wurden nach § 341h HGB in Verbindung mit § 30 RechVersV gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen wird aus den Einzeldaten der ruhenden Verträge mittels EDV-Auswertung ermittelt.

Die Stornorückstellung wird aus Beitragsforderungen an Versicherungsnehmer und den hierauf voraussichtlich entfallenden Abschreibungen abgeleitet.

Die Rückstellung für Verkehrsofferhilfe wird auf der Grundlage von Vorgaben des Vereins für Verkehrsofferhilfe e. V. ermittelt.

Die Ermittlung der **Pensions- und Jubiläumsrückstellungen** erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 30 n.F. mittels des sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der zum Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,68 Prozent (im Vorjahr: 4,00 Prozent) verwendet. Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 2,31 Prozent (im Vorjahr: 2,70 Prozent) verwendet. Es wurde von einer künftigen Gehaltsentwicklung von 2,00 Prozent (Vorstand: 2,50 Prozent) sowie einer Fluktuation von 2,30 Prozent bei Frauen und 2,10 Prozent bei Männern (Vorstand: 6,30 Prozent; Beamte: 0,30 Prozent) ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik von 2,00 Prozent (Beamte: 1,50 Prozent) verwendet.

Im Geschäftsjahr wurde gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB der letzte Teil des zum 1. Januar 2010 ermittelten BilMoG-Unterschiedsbetrags in Höhe von 50.859 Euro zugeführt. Damit ist der BilMoG-Unterschiedsbetrag zum Bilanzstichtag in voller Höhe erreicht.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 3 ermittelt. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,44 Prozent (im Vorjahr: 1,79 Prozent) und einer Gehaltssteigerung von 2,00 Prozent verwendet. Als Verpflichtung wurden die Leistungen bewertet, die sich aufgrund der Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergaben.

Die **Pensionsrückstellung** sowie die **Altersteilzeitrückstellung** wurden mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Alle **übrigen Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft, Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft und sonstige Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach § 250 HGB bilanziert.

Sonstiges

In der Bilanz sind die Abzugsbeträge mit einem Minuszeichen dargestellt. Aufwände sind in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Minuszeichen dargestellt und Erträge ohne Vorzeichen.

Der Begriff „Beteiligungsunternehmen“ wird gleichbedeutend für die Formulierung „Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ verwendet.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.246	–	–
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.871	2.619	–
2. Beteiligungen	1.804	–	–
3. Summe A. II.	14.675	2.619	–
A. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.129	91	–
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.028	1.994	–
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	4.027	–	–
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	29.719	–	2.083
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	15.616	–	–2.083
5. Einlagen bei Kreditinstituten	4.000	–	–
6. Summe A. III.	145.519	2.085	–
Summe A. I.–III. Kapitalanlagen	165.440	4.704	–
Gesamt	165.440	4.704	–

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
-113	-	-258	4.875
-30	238	-	15.698
-141	6	-	1.669
-171	244	-	17.367
-10.615	3.881	-	83.486
-3	-	-	4.019
-356	-	-	3.671
-3.418	-	-	28.384
-2.757	-	-	10.776
-4.000	-	-	-
-21.149	3.881	-	130.336
-21.433	4.125	-258	152.578
-21.433	4.125	-258	152.578

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.875	12.040	5.246	12.290
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15.698	22.415	12.871	19.072
2. Beteiligungen	1.669	5.053	1.804	3.009
3. Summe A. II.	17.367	27.468	14.675	22.081
A. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83.486	83.486	90.129	90.129
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.019	4.337	2.028	2.425
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.671	3.875	4.027	4.342
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	28.384	31.620	29.719	33.861
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.776	11.720	15.616	16.946
5. Einlagen bei Kreditinstituten	–	–	4.000	4.000
6. Summe A. III.	130.336	135.038	145.519	151.703
A. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	36	36	36	36
Summe A. Kapitalanlagen	152.614	174.582	165.476	186.110
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		21.968		20.634

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 22,0 (20,6) Mio. Euro und lagen bei 14,4 (12,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Der Buchwert der in die Überschussbeteiligung der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr einzubeziehenden Kapitalanlagen belief sich auf 5,6 Mio. Euro. Der korrespondierende Zeitwert lag bei 5,9 Mio. Euro.

Der Betrag der Bewertungsreserven, der rechnerisch zum Bilanzstichtag den Versicherungsnehmern zuzuordnen ist, lag damit bei 6,1 Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen. Die Ermittlung der maßgebenden Bewertungsreserven, die nach § 153 VVG in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, wurde monatlich, jeweils zum ersten auf den Monatsersten folgenden Werktag, durchgeführt. Die Bewertungsreserven wurden dem Versicherungsvertrag nach einem verursachungsorientierten Verfahren zugeordnet. Bei der Beendigung des Vertrags wurde der für diesen Zeitpunkt zu ermittelnde Betrag zur Hälfte zugeteilt und an den Versicherungsnehmer ausgezahlt.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach folgenden, branchenweit anerkannten Methoden entwickelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Die Zeitwerte der Grundstücke, zugeordnet nach dem Jahr der Bewertung, lagen bei:

31. Dezember	€
2015	300.000
2016	6.090.000
2017	5.650.000
Summe	12.040.000

Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren zum 31. Dezember 2017 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Der Zeitwert der Hypothekendarlehen wurde anhand der aktuellen Swapkurve unter Einbeziehung von Bonitätsaufschlägen im Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Sonstige Kapitalanlagen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden:

	Zeitwert	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwert	Bilanzwerte	Saldo
	Tsd. €	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.337	4.019	318	2.425	2.028	397
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.875	3.671	204	4.342	4.027	315
Sonstige Ausleihungen	43.340	39.160	4.180	50.807	45.335	5.472
Gesamt	51.552	46.850	4.702	57.574	51.390	6.184

Zum Bilanzstichtag wurden bei Inhaberschuldverschreibungen in Höhe eines Buchwerts von 1.994,2 Tsd. Euro (Zeitwert: 1.969,2 Tsd. Euro), bei Hypothekendarlehen in Höhe eines Buchwerts von 200,5 Tsd. Euro (Zeitwert: 190,3 Tsd. Euro) und sonstigen Ausleihungen in Höhe eines Buchwerts von 1.500,0 Tsd. Euro (Zeitwert: 1.499,1 Tsd. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde. Es bestehen dabei sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 12 (13) Grundstücke. Der Bilanzwert der überwiegend eigengenutzten Grundstücke und Bauten belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 4.259.230 (4.477.742) Euro. Es wurden, bezogen auf den Gesamtbestand, planmäßige Abschreibungen in Höhe von 257.554 Euro vorgenommen.

A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB:

		Anteil am	Eigenkapital	Jahres-
		Kapital	Tsd. €	ergebnis
		%		Tsd. €
Asia Property Fund II GmbH & Co. KG	München	0,59	104.708	52.846 ²
Beteiligungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung der öffentlichen Versicherer mbH	Düsseldorf	1,20	9.744	-11.490 ²
Consal Beteiligungsgesellschaft AG	München	1,12	319.107	46.840
E & G Bridge Equity Fonds GmbH & Co. KG	München	5,00	2.854	3.404 ¹
Finanzkonzept Saarpfalz GmbH, Homburg (Saar)	Homburg (Saar)	51,00	146	95 ²
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG	Hamburg	0,07	21.773	1.215 ²
KLARO Grundstücks-Verwaltungsges. mbH & Co. KG	Grünwald	4,70	21.227	4.002 ²
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf	Düsseldorf	3,24	65.601	-6.937 ²
Private Investment Fund Management S.à r.l.	Luxemburg	18,18	18	5 ²
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – A	Luxemburg	2,94	530.138	46.505 ²
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B	Luxemburg	0,83	297.654	27.853 ²
Protektor Lebensversicherungs-AG	Berlin	0,13	105.412	12.512 ²
SAARLAND Lebensversicherung AG	Saarbrücken	59,98	17.153	1.000 ³
Verband öffentlicher Versicherer K. d. ö. R.	Berlin und Düsseldorf	3,33	73.490	1.486 ²

1 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. September 2016.

2 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016.

3 Gewinnabführungsvertrag.

A. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Stille Reserven	Stille Lasten	Zeitwert	Ausschüttungen
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Geschäftsjahr €
Gemischt ¹	83.486	-	-	83.486	91
Gesamt	83.486	-	-	83.486	91

1 Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.

C. III. Andere Vermögensgegenstände

Der Posten betrifft im Wesentlichen Schadenvorauszahlungen.

E. Aktive latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern ergeben sich aus den Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen. Der sich aus der Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern ergebende Unterschiedsbetrag wurde als aktive latente Steuer in Höhe von 4.950.000 (6.007.000) Euro ausgewiesen. Der aktive Unterschiedsbetrag resultierte im Wesentlichen aus der steuerlichen Bewertung der Schadenrückstellungen und der anderen Rückstellungen. Dem standen passive Unterschiedsbeträge gegenüber, die hauptsächlich aus der steuerlichen Rücklage resultierten, die wegen des neuen Abzinsungsverfahrens bei der Schadenrückstellung gebildet wurde. Die Bewertung temporärer bzw. quasitemporärer Differenzen erfolgte mit einem kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 32,8 (32,8) Prozent.

Die ergebniswirksam auszuweisende Veränderung der aktiven latenten Steuern im Geschäftsjahr belief sich auf 1.057.000 Euro und wird in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ausgewiesen. In Höhe der aktiven latenten Steuerposition von 4.950.000 Euro besteht eine Ausschüttungssperre im Sinne des § 268 Abs. 8 Satz 2 HGB.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 13.350.000 Euro. Es ist eingeteilt in 26.700 auf den Namen lautende Aktien im Nennwert von je 500 Euro, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können.

Der Mehrheitsaktionär, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

A. III. Gewinnrücklagen

In die anderen Gewinnrücklagen wurde vom Bilanzgewinn des Vorjahres ein Betrag von 239.600 Euro eingestellt.

B. Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen insgesamt

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	28.617.367	29.986.025
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	65.851.166	68.493.522
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	6.754.192	8.085.200
Feuer- und Sachversicherung	63.385.482	77.012.941
davon:		
▪ Feuerversicherung	13.321.503	22.706.964
▪ Verbundene Hausratversicherung	3.438.320	3.140.794
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	26.779.072	23.163.857
▪ Sonstige Sachversicherung	19.846.587	28.001.326
Sonstige Versicherungen	16.638.677	14.901.249
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	181.246.884	198.478.937
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	2.090.540	2.057.546
Gesamtes Versicherungsgeschäft	183.337.424	200.536.483

B. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – brutto

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	20.927.114	22.048.924
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	61.306.711	62.811.570
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	6.269.195	6.761.223
Feuer- und Sachversicherung	47.317.756	60.517.662
davon:		
▪ Feuerversicherung	9.929.080	20.192.397
▪ Verbundene Hausratversicherung	2.226.014	1.929.723
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	20.091.211	15.902.513
▪ Sonstige Sachversicherung	15.071.451	22.493.029
Sonstige Versicherungen	9.335.009	7.580.240
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	145.155.785	159.719.619
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	1.055.074	1.049.298
Gesamtes Versicherungsgeschäft	146.210.859	160.768.917

B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	€
Stand: Anfang Geschäftsjahr	16.413
Entnahmen im Geschäftsjahr	4.482
Zuführung aus dem Geschäftsjahr	–
Stand: Ende Geschäftsjahr	11.931

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung umfasst die für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer angesammelten Beträge. Bei der Entnahme handelt es sich zum einen um die Überschussanteile unserer Versicherungsnehmer, die zur verzinslichen Ansammlung gutgeschrieben wurden, und zum anderen um Leistungen aus der Bewertungsreserve.

Gewinnbeteiligung der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr (UBR)

Jeder Vertrag wird zu Beginn eines jeden Versicherungsjahres an den Zinsüberschüssen beteiligt, die der verzinslichen Ansammlung zugewiesen werden.

Bei Verträgen mit Vertragsbeginn sowie Policierungszeitpunkt vor dem 1. Januar 2008 erfolgt die Beteiligung prozentual zur Summe der zum Ende des vorangegangenen Versicherungsjahres vorhandenen Deckungsrückstellung und der verzinslichen Ansammlung. Die Zuteilung erfolgt jedoch erstmals zu Beginn des dritten Versicherungsjahres bei Tarifen gegen laufenden Beitrag bzw. erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres bei Tarifen gegen Einmalbeitrag.

Bei Verträgen mit Vertragsbeginn oder Policierungszeitpunkt ab dem 1. Januar 2008 erfolgt die Beteiligung prozentual zur Summe des vorhandenen Rückkaufswerts (aus Kapitalteil der Hauptversicherung und der verzinslichen Ansammlung). Die Zuteilung erfolgt jedoch erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

Bei allen im Jahr 2018 zuweisungsberechtigten Verträgen der Tarifwerke 2004 bis 2008 beträgt dieser Satz 0,10 Prozent p. a.

Soweit einer Versicherung eine Beteiligung an den Bewertungsreserven zusteht, wurde das Verfahren hinsichtlich der Zuteilung der Bewertungsreserven verbindlich für das Jahr 2018 festgelegt. Die Höhe der Bewertungsreserven wird jährlich und gegebenenfalls unterjährig neu ermittelt. Der Verteilungsschlüssel innerhalb der anspruchsberechtigten Verträge bestimmt sich nach der Summe der Rückkaufswerte einschließlich verzinslicher Ansammlung eines anspruchsberechtigten Vertrags während der Vertragslaufzeit im Verhältnis zur Summe der Rückkaufswerte einschließlich verzinslicher Ansammlung aller anspruchsberechtigten Verträge während der Vertragslaufzeit. Der so zum Bilanzstichtag ermittelte Verteilungsschlüssel gibt den individuellen Anteil der Bewertungsreserven des Vertrags im Verhältnis zur Gesamtheit aller berechtigten Verträge wieder und gilt jeweils für einen Zeitraum von zwölf Monaten.

Eine Beteiligung an den Bewertungsreserven wird bei Ablauf der Versicherung oder bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags durch Tod der versicherten Person oder durch Kündigung (Zuteilungszeitpunkte) fällig. Dazu wird der verteilungsfähige Betrag zum Zuteilungszeitpunkt ermittelt. Dieser wird gemäß dem ermittelten Verteilungsschlüssel nach den gesetzlichen Vorgaben berechnet und zugeteilt.

Die Bewertungsreserve wird zur Erhöhung der Versicherungsleistungen oder des Rückkaufswerts verwendet. Die Höhe des rechnerischen Betrags der Bewertungsreserven kann sich vor dem Zuteilungszeitpunkt jederzeit ändern, auch starken Schwankungen unterliegen und sogar ganz entfallen. Nur der zum Zuteilungszeitpunkt ermittelte Betrag der Bewertungsreserven ist maßgeblich für die Beteiligung an den Bewertungsreserven, die dem Vertrag tatsächlich zustehen.

Von der Rückstellung am Bilanzstichtag wurden bisher 4.907 Euro an laufenden Überschussanteilen für das Jahr 2018 festgelegt, aber noch nicht zugeteilt.

B. V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	5.555.630	5.776.630
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	4.040.213	5.062.942
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	215.673	936.898
Feuer- und Sachversicherung	7.383.435	7.786.767
davon:		
▪ Feuerversicherung	2.609.944	1.603.612
▪ Verbundene Hausratversicherung	–	–
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	1.726.938	2.569.817
▪ Sonstige Sachversicherung	3.046.553	3.613.338
Sonstige Versicherungen	1.439.222	1.733.813
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	18.634.173	21.297.050
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	1.014.139	988.040
Gesamtes Versicherungsgeschäft	19.648.312	22.285.090

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.657.193	7.618.256
Gesamt	8.657.193	7.618.256

Die Anschaffungskosten der mit der Pensionsrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem Zeitwert und lagen bei 104.627 Euro. Der Zeitwert umfasst das Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellung in Höhe von 8.761.820 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 5.157 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 311.921 Euro verrechnet.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (3,68 Prozent) ergab sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,81 Prozent) ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.077.759 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Verpflichtungen gegenüber Personal	1.486.607	1.440.421
Ausstehende Rechnungen	395.000	803.772
Jahresabschlusskosten	145.872	202.824
Sonstige	347.872	402.476
Gesamt	2.375.351	2.849.493

Die Anschaffungskosten der mit der Altersteilzeitrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände belaufen sich auf 251.598 Euro und entsprechen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtung in Höhe von 298.927 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 6.344 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 8.424 Euro verrechnet.

E. Andere Verbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern haben 90.662 Euro eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Diese Verbindlichkeiten sind hauptsächlich Teil der verzinslichen Ansammlung.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennwert von 2.542.121 Euro bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 2.079.241 Euro.

Zur Deckung von Risiken aus Terroranschlägen beteiligt sich die SAARLAND Feuerversicherung am Solidaritäts-pool öffentlicher Versicherer. Die öffentlichen Versicherer stellen diesem Pool jährlich eine Kapazität von insgesamt 280 Mio. Euro zur Verfügung, die im Bedarfsfall gemeinsam von den öffentlichen Versicherern aufzubringen wären. Entsprechend ihrem Anteil ergibt sich für die SAARLAND Feuerversicherung eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 2,27 Mio. Euro.

Die SAARLAND Feuerversicherung ist Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft. Für den Fall, dass eines der am Pool beteiligten Mitglieder ausfällt, hat die Gesellschaft dessen Leistungsverpflichtung im Rahmen ihrer quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen. Aus der Mitgliedschaft bei der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft bestehen ähnliche Verpflichtungen.

Die Mitglieder der Verkehrsofopferhilfe e. V. haben dem Verein die für die Durchführung der Vereinszwecke erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Inanspruchnahme eines Mitglieds richtet sich nach seinem Anteil und den Gesamtbeitragseinnahmen der Mitglieder aus dem selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft des jeweils vorletzten Kalenderjahres.

Aus dem zum 1. Januar 2015 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag zwischen der SAARLAND Feuerversicherung Aktiengesellschaft und der SAARLAND Lebensversicherung Aktiengesellschaft folgt die gesetzliche Pflicht zur Übernahme etwaiger Verluste dieser Gesellschaft.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beliefen sich insgesamt auf 275.864 Euro.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a)–d) Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Gesamtes Versicherungsgeschäft	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Gebuchte Bruttobeiträge	108.053.394	125.011.367
Verdiente Bruttobeiträge	108.237.970	125.115.699
Verdiente Nettobeiträge	58.213.655	71.246.219

Gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Haftpflichtversicherung	11.749.932	12.069.734
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	21.347.460	27.697.787
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	14.416.277	20.716.172
Feuer- und Sachversicherung	54.388.179	58.405.314
davon:		
▪ Feuerversicherung	6.808.101	8.961.984
▪ Verbundene Hausratversicherung	6.334.298	6.217.749
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	27.768.345	26.093.890
▪ Sonstige Sachversicherung	13.477.435	17.131.691
Sonstige Versicherungen	6.018.673	5.991.460
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	107.920.521	124.880.467
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	132.873	130.900
Gesamtes Versicherungsgeschäft	108.053.394	125.011.367

Verdiente Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Haftpflichtversicherung	11.768.299	12.065.193
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	21.446.764	27.698.417
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	14.510.765	20.714.153
Feuer- und Sachversicherung	54.380.242	58.519.452
davon:		
▪ Feuerversicherung	6.931.519	9.270.837
▪ Verbundene Hausratversicherung	6.327.830	6.172.416
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	27.483.623	25.766.602
▪ Sonstige Sachversicherung	13.637.270	17.309.597
Sonstige Versicherungen	5.999.891	5.987.742
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	108.105.961	124.984.957
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	132.009	130.742
Gesamtes Versicherungsgeschäft	108.237.970	125.115.699

Verdiente Nettobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Haftpflichtversicherung	5.039.851	5.093.895
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	13.833.976	18.234.477
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	13.736.128	20.196.365
Feuer- und Sachversicherung	20.957.708	23.130.370
davon:		
▪ Feuerversicherung	782.594	1.593.931
▪ Verbundene Hausratversicherung	6.292.313	6.147.577
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	6.021.393	5.720.118
▪ Sonstige Sachversicherung	7.861.408	9.668.744
Sonstige Versicherungen	4.557.967	4.498.443
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	58.125.630	71.153.550
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	88.025	92.669
Gesamtes Versicherungsgeschäft	58.213.655	71.246.219

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Anzahl der Verträge	Anzahl der Verträge
Haftpflichtversicherung	80.538	79.969
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	81.280	95.395
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	59.278	72.874
Feuer- und Sachversicherung	235.948	240.926
davon:		
▪ Feuerversicherung	20.835	19.009
▪ Verbundene Hausratversicherung	57.082	57.658
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	74.518	75.824
▪ Sonstige Sachversicherung	83.513	88.435
Sonstige Versicherungen	66.061	75.089
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	523.105	564.253

I. 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft berechnet sich der technische Zinsertrag aus der Rentendeckungsrückstellung (Passiva B. III.) unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses von 1,52 Prozent aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestands der Rückstellungen.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft berechnet sich der technische Zinsertrag für die Deckungsrückstellung (Passiva B. II.) aus den Kapitalerträgen des Sicherungsvermögens der UBR, vermindert um die anfallenden Verwaltungskosten.

Die Übertragung erfolgt gemäß § 38 RechVersV.

I. 4. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	-3.980.923	-6.095.165
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-18.973.540	-22.698.652
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	-15.422.134	-17.737.977
Feuer- und Sachversicherung	-36.220.061	-46.496.378
davon:		
▪ Feuerversicherung	1.285.935	-11.638.229
▪ Verbundene Hausratversicherung	-2.428.454	-2.603.007
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-25.868.632	-16.914.794
▪ Sonstige Sachversicherung	-9.208.910	-15.340.348
Sonstige Versicherungen	-3.891.359	-1.827.226
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-78.488.017	-94.855.398
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-16.285	-26.843
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-78.504.302	-94.882.241

I. 6. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussaufwendungen	-6.325.608	-6.342.653
Verwaltungsaufwendungen	-24.184.285	-25.881.272
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-30.509.893	-32.223.925

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	-3.752.200	-3.634.549
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-4.480.738	-5.474.706
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	-4.196.860	-5.250.878
Feuer- und Sachversicherung	-16.250.281	-16.261.226
davon:		
▪ Feuerversicherung	-2.266.990	-2.641.268
▪ Verbundene Hausratversicherung	-2.488.887	-2.117.843
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-6.139.282	-5.332.454
▪ Sonstige Sachversicherung	-5.355.122	-6.169.661
Sonstige Versicherungen	-1.824.866	-1.595.328
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-30.504.945	-32.216.687
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-4.948	-7.238
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-30.509.893	-32.223.925

I. 10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Haftpflichtversicherung	3.159.028	3.327.075
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	108.699	-2.422.917
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	-3.127.606	-2.831.076
Feuer- und Sachversicherung	-3.875.924	-4.541.988
davon:		
▪ Feuerversicherung	-970.787	-1.359.798
▪ Verbundene Hausratversicherung	1.240.160	1.261.363
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-2.543.072	-2.101.980
▪ Sonstige Sachversicherung	-1.602.225	-2.341.573
Sonstige Versicherungen	692.876	1.487.426
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-3.042.927	-4.981.480
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-13.454	35.680
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-3.056.381	-4.945.800

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
verdienten Beiträgen	-49.980.331	-53.831.407
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	29.618.914	39.790.632
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	16.407.363	15.178.144
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-3.954.054	1.137.369

Der Rückversicherungssaldo teilte sich wie folgt auf:

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Haftpflichtversicherung	-1.116.627	419.500
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	999.709	-1.246.719
Sonstige Kraftfahrtversicherungen	1.224.622	-468.715
Feuer- und Sachversicherung	-5.280.533	3.556.547
davon:		
▪ Feuerversicherung	-5.678.518	4.017.163
▪ Verbundene Hausratversicherung	-1.849	-21.997
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	1.637.741	-3.955.591
▪ Sonstige Sachversicherung	-1.237.907	3.516.972
Sonstige Versicherungen	218.775	-1.123.244
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-3.954.054	1.137.369
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-98.040	-39.194
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-4.052.094	1.098.175

II. 1. e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

Es sind Erträge aus dem mit Wirkung zum 1. Januar 2015 abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag mit der SAARLAND Lebensversicherung, entsprechend § 158 Abs. 2 AktG saldiert mit den Ansprüchen der Minderheitsaktionäre der SAARLAND Lebensversicherung an die SAARLAND Feuerversicherung, von 599.750 Euro ausgewiesen.

II. 8. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis wurde im Wesentlichen durch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bewertung der Pensionsrückstellungen nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 50.859 Euro beeinflusst.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei den SAARLAND Versicherungen waren im Jahr 2017 durchschnittlich 429 Mitarbeiter beschäftigt. Die Mitarbeiter sind sowohl für die SAARLAND Feuerversicherung als auch in wesentlichem Umfang für die SAARLAND Lebensversicherung tätig.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	278	283
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	92	102
Angestellte Außendienstmitarbeiter	36	39
Auszubildende	23	24
Gesamt	429	448

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-16.134	-18.181
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-235	-203
3. Löhne und Gehälter	-18.826	-18.791
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-3.431	-3.381
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-1.988	-870
6. Aufwendungen insgesamt	-40.614	-41.426

Gesamthonorar Abschlussprüfer¹

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussprüferleistungen	-103.950	-110.992
Steuerberatungsleistungen	-	-21.948
Gesamt	-103.950	-132.940

¹ inkl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassen die Jahresabschlussprüfung und die Prüfung der Solvabilitätsübersicht. Für das Geschäftsjahr 2017 wurden keine weiteren Leistungen beauftragt.

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Kapitel „Gremien“ vor dem Lagebericht aufgeführt. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 449.180 Euro.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in Höhe von 128.370 Euro. Die Bezüge der Beiräte lagen bei 62.053 Euro.

An ehemalige Vorstandsmitglieder wurden Ruhegehaltsbezüge in Höhe von 309.842 Euro gezahlt. Für die früheren Vorstandsmitglieder sind Rückstellungen für Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen in Höhe von 4.812.926 Euro gebildet.

Konzernzugehörigkeit

Die SAARLAND Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, gehört zum Konzern Versicherungskammer. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis von Unternehmen auf und wird die SAARLAND Feuerversicherung in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer, Maximilianstraße 53, 80530 München erhältlich und steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Die SAARLAND Feuerversicherung Aktiengesellschaft wird im Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken unter der Handelsregister-Nummer HRB 9163 geführt.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr
	€
Jahresüberschuss	140.300
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	–
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	–
Bilanzgewinn	140.300

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 140.300 Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Saarbrücken, den 20. Februar 2018

SAARLAND Feuerversicherung Aktiengesellschaft

Der Vorstand


Dr. Hermann


Maurer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Saarland Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Saarland Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Saarland Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung: Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung, die im Lagebericht im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB“ enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung: Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung gemäß § 289f HGB.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für unsere Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten

Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der nicht notierten Sonstigen Ausleihungen

Die nicht notierten Sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen den Bestand der Bilanzposten Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft unter dem Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft unter dem Punkt Marktrisiko.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 39,2 Mio. Euro aus.

Der beizulegende Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag 43,3 Mio. Euro.

Die nicht notierten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen werden entweder zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. In Bezug auf die Buchwerte besteht bei diesen Kapitalanlagen, bei denen der beizulegende Wert bzw. der beizulegende Zeitwert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt, das grundsätzliche Risiko, dass diese Werte nicht zutreffend ermittelt werden und daher eine voraussichtliche dauernde Wertminderung nicht erkannt wurde und eine Abschreibung daher unterbleibt oder bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt oder nicht in erforderlichem Umfang vorgenommen wird.

Ein erhöhtes Risiko liegt hierbei insbesondere vor, da keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt deshalb anhand von Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung von am Markt beobachtbaren Parametern. Diese Parameter sind ermessensbehafet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte durch die Auswahl und Ableitung von am Markt beobachtbaren Parametern ist komplex. Das Risiko für den Abschluss wird umso größer, je mehr Parameter einfließen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung der Bewertung dieser Kapitalanlagen beinhaltete insbesondere folgende wesentliche Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Überprüfung der Bewertungsparameter (Spreads der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen) einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen auf Wirksamkeit geprüft.
- Im Rahmen von Einzelfallprüfungen haben wir uns von der korrekten Erfassung der Bestandsdaten im Bestandsführungssystem überzeugt.
- Zudem wurden die verwendeten Parameter mit am Markt beobachtbaren Parametern verglichen. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Ermittlung der in die Bewertung einfließenden Annahmen und Parameter geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen eigene Berechnungen vorgenommen und mit den von der Gesellschaft angesetzten Werten verglichen.
- Wir haben überprüft, ob die bilanzielle Folgebewertung aufgrund der Zeitwertermittlung zutreffend umgesetzt wurde.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Bewertungsmodelle, Annahmen und Parameter sowie die Folgebewertung sind insgesamt angemessen.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 146,2 Mio. Euro (rund 80,0 Prozent der Bilanzsumme) aus.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle machen den wesentlichen Teil der gesamten Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus.

Die Bewertung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne eine Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des allgemeinen (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) sowie des besonderen bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese bei der Rückstellungsbildung nicht berücksichtigt werden bzw. eine Rückstellung nicht in ausreichender Höhe gebildet wird.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und im Wesentlichen folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen mit denen die zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, geeignet aufgebaut waren und wirksam durchgeführt wurden.
- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungsmethoden der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der zu erwartenden Zahlungen für unbekanntem Spätschäden auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen zur Überprüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (bekannt und unbekannt) für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft und der gebuchten HGB-Rückstellung verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse auf Hinweise nicht ausreichend vorsichtiger Rückstellungsbildung analysiert. Anhand von Zeitreihenvergleichen insbesondere von Schadenstückzahlen und durchschnittlichen Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

Unsere Schlussfolgerungen

Das Vorgehen zur Bewertung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekanntere Versicherungsfälle steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben. Die der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen sind insgesamt angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung: Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung gemäß § 289f HGB und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den

zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung am 1. Juni 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 6. November 2017 vom Aufsichtsratsvorsitzenden beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2017 als Abschlussprüfer der Saarland Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortliche Wirtschaftsprüferin

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Stefanie Abt.

München, den 17. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Abt	Hildebrandt
Wirtschaftsprüferin	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung vorgelegen, der in der Aufsichtsratssitzung eingehend erörtert worden ist. Der Beurteilung des verantwortlichen Aktuars schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen zu erheben.

Saarbrücken, den 23. April 2018

Für den Aufsichtsrat



Schick

Impressum

Herausgeber

Konzern Versicherungskammer
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
Telefax (0 89) 21 60-27 14
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig

Konzern Versicherungskammer

Maximilianstraße 53 | 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0 | Telefax (0 89) 21 60-27 14

service@vkb.de | www.vkb.de